DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen

Unsere Stimme für Europa

Die Wahl zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019 ist nicht zuletzt eine Auseinandersetzung gegen rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien. In Europa und in Österreich. Dagegen braucht es Engagement, Kompetenz und Weitsicht.

Der Bundesvorstand der FreiheitskämpferInnen ruft die WählerInnen der SPÖ daher auf, ihre Vorzugstimme dem Antifaschisten Genossen Dr. Günther Sidl zu geben. Dem "Kämpfer" ist er Rede und Antwort zu seinen politischen Zielen gestanden.

Du bist seit 2005 Mitglied des Bundesvorstands der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen. Wie bist du 1999 zu unserem Bund gekommen?

Ich komme aus dem Bezirk Melk. In unserer Region wurde Engelbert Dollfuß geboren und in meiner Bezirkshauptstadt stand das Konzentrationslager Melk, ein Außenlager des KZ Mauthausen. Mir waren die bestialischen Auswüchse der NS-Diktatur schon in früher Jugend bewusst. Aber auch, dass der Faschismus in Österreich nicht erst 1938 mit dem Anschluss begann. Als Sozialdemokrat war mir damals schon eine ganz klare Positionierung als Antifaschist wichtig und selbstverständlich. In den 1990er-Jahren habe ich für die Sozialistische Jugend eine große Antifaschismus-Kampagne geleitet und begonnen mich bei den Freiheitskämpfer-Innen zu engagieren. Unser langjähriger Landesvorsitzender Karl Gruber hat mich daraufhin eingeladen auch auf Landesebene für unseren Bund aktiv zu werden und über ihn wurde ich schließlich mit Unterstützung des damaligen Bundesvorsitzenden Alfred Ströer auch in den Bundesvorstand entsendet.

Du bist aktuell Landtagsabgeordneter und stellvertretender Klubobmann der SPÖ-Niederösterreich. Warum kandidierst du für die EU-Wahl? Welche Themen interessieren dich und wie wirst du deine Rolle anlegen?

Vieles was wir in Österreich umsetzen wird in Straßburg und Brüssel entschieden. Daher ist es für unser Land nicht egal, wer dort arbeitet und mitbestimmt. Ich bin überzeugter Europäer und möchte meine Rolle im Europäischen Parlament sehr aktiv anlegen. Ich werde mich sicher nicht in Brüssel verstecken, sondern für mehr Dialog und Austausch zwischen Österreich und der EU einsetzen. Europa muss ein Stück weit österreichischer werden. Wir sind Vorbild bei der Qualität unserer Lebensmittel und dem hohen Bio-Anteil, hinsichtlich der Qualität unseres Wassers, den Umweltstandards und im Gesundheitssystem. Deshalb würde mich der Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit besonders interessieren. Ganz konkret möchte ich mich zum Beispiel für ein europaweites Verbot von tödlichen Umweltgiften einsetzen.

Die EU steht auch oft in Kritik. Was sind für dich die Vorteile der EU? Warum ist es wichtig, dass Österreich Teil der Union ist?

Die Europäische Union ist das erfolgreichste Friedensprojekt der Welt. Österreich nimmt hier als UNO-Sitz und als neutrales Land eine ganz besondere Rolle ein. Die Menschen schätzen die Reisefreiheit, die Annehmlichkeiten einer gemeinsamen Währung und sehen zwischen den beiden Machtblöcken USA und China, die Notwendigkeit zur gesamteuropäischen Zusammenarbeit. Kritik muss trotzdem erlaubt sein und sie ist nichts Schlechtes, wenn aus ihr Verbesserungen hervorgehen. Die EU ist nicht nur eine Wirtschaftsvereinigung, daher will die SPÖ im Verbund mit den Schwesterparteien endlich auch faire Löhne, Sozialstandards und Umweltauflagen klar regeln. Die nationale Besteuerung auf Arbeit ist hoch,

während internationale Konzerne kaum Steuern bezahlen müssen. Das ist ungerecht, das spüren die Menschen und das muss man auch kritisieren.

Lega Nord, Fidesz, PiS, AfD, FPÖ und so weiter: Derzeit feiern die rechte Parteien in ganz Europa Erfolge. Wie kann man diesen Kräften entgegenwirken?

Wir leben erstmals seit vielen Jahren wieder in einer Zeit des Abbaus der Demokratie. Das halte ich für alarmierend und brandgefährlich. Wohin solche nationalistischen Auswüchse führen, zeigte gerade auch das Brexit-Chaos in Großbritannien sehr gut. Man muss Haltung zeigen und einfordern, aber man muss sich auch mit diesen Kräften auseinandersetzen.



Genosse Sidl ist Abgeordneter zum Landtag Niederösterreichs und Vorsitzender der SPÖ-Bezirksorganisation Melk. Seit 2005 ist er Mitglied unseres Bundesvorstandes.

Ihre politischen Mittel sind billiger Populismus, Nationalismus und Angst. Den sachpolitischen Inhalt hingegen scheuen sie, weil sie keine Lösungen haben. Daher müssen wir sie in diesen Diskurs zwingen, selbst Themen setzen, öffentlich aufbereiten und hartnäckig sein.

Wie sieht dein Wunscheuropa aus, ein loser Zusammenschluss von Nationen oder ein großer Bundesstaat?

Mir geht es darum, dass Entscheidungen dort getroffen werden, wo sie hingehören. Wir brauchen weder eine Zentralregierung in Brüssel noch egoistische Nationalismen, die den europäischen Zusammenhalt torpedieren. Ich bin für eine gesamteuropäische Perspektive, für mehr Demokratie durch die Stärkung des Europäischen Parlaments und für eine Sozialunion, die nicht nur die Wirtschaftsinteressen, sondern auch die Lebens- und Arbeitsrealitäten der Menschen ernst nimmt.

Ö

70 Jahre Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen

Am 16. März ist im Haus der Begegnung in Wien-Döbling ein besonderer, runder Geburtstag gefeiert worden: Der Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen wurde 70 Jahre alt. Ein Bericht von Claus Michl-Atzmüller.

200 junge und alte Antifaschistinnen und Antifaschisten kamen zusammen, um das 70-jährige Bestehen unseres Bundes zu würdigen. Unsere stellvertretende Bundesvorsitzende Laurien Scheinecker führte durch den Nachmittag. Der Chor der Roten Falken sorgte mit "Klassikern" des ArbeiterInnenliedes wie etwa Bella Ciao, den ArbeiterInnen von Wien oder der Internationale für die musikalische Umrahmung. Die Präsentation des Buches "Niemals vergessen!" bildete den Abschluss des gelungenen und inhaltlich interessanten Festaktes.

Neben Alt-Bundeskanzler Franz Vranitzky und Wiens Bürgermeister Michael Ludwig begrüßte Genossin Scheinecker allen voran die Vorsitzenden der anderen beiden politischen Opferverbände: Gerhard Kastelic für die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich und für den KZ-Verband Dagmar Schindler und Friedl Garscha. SPÖ-EU-Spitzenkandidat Andi Schieder und die stellvertretende Bundesgeschäftsführerin Andrea Brunner nahmen sich ebenso Zeit wie DÖW-Direktor Gerhard Baumgartner und Favoritens Bezirksvorsteher Marcus Franz. Mit Waltraud Barton und Claudia Kuretsidis-Haider waren auch Trägerinnen der Rosa-Jochmann-Plakette mit dabei.

"Wir stehen auf den Schultern unserer VorgängerInnen"

In seiner Adresse an die GenossInnen betonte der SPÖ-Spitzenkandidat für das EU-Parlament Andreas Schieder, dass die Nachkriegsordnung in Gefahr sei. Es gäbe eine Tendenz zur Zerstörung Europas. Entgegen den nationalen Entwicklungen erinnerte Schieder daran, dass Franz Vranitzky Österreich in die Europäische Union geführt hat.

Das Hauptreferat hielt der Wiener Bürgermeister Michael Ludwig, der zu Beginn seiner Rede an Rudi Sarközi und dessen Wirken für die Anerkennung der Roma, Sinti und Lovara als NS-Opfergruppe erinnerte. Michael Ludwig, langjähriges Mitglied unseres Bundesvorstands, verwies auf die Geschichte der FreiheitskämpferInnen. Die Opferfürsorge und die Organisierung der WiderstandskämpferInnen standen nach dem Zweiten Weltkrieg im Vordergrund. Er erinnerte vor allem an das Duo Rosa Jochmann und Josef Hindels, das auch bewusst den Kontakt zur Jugend suchte und früh ein "Jugendkontaktkomitee" gründete. "Wir stehen auf den Schultern unserer Vorgänger Rosa Jochmann, Josef Hindels und Ernst Nedwed."

Michael Ludwig sprach auch die aktuelle Lage an. Die Sozialdemokratie muss dem Rechtsextremismus und Rechtspopulismus entschlossen entgegentreten. Neofaschistische Tendenzen sind in vielen Ländern Europas evident. Rudi Gelbard war so ein Repräsentant der Zivilcourage, der nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten den Rechtsextremen Paroli zu bieten vermochte. In diesem Zusammenhang schilderte Ludwig einen Vorfall mit Identitären im Rahmen des Maiaufmarsches auf dem Rathausplatz vor ein paar Jahren. Gelbard hätte viele öffentlichkeitswirksame Auftritte gemacht, wie beispielsweise die Dokumentation "Der Mann am Balkon". Rudi Gelbard wollte dort stehen, wo einst Adolf Hitler seine Rede am

Heldenplatz hielt. Den Versuchen, in die Februarkämpfe eine geteilte Schuld zu interpretieren, sei eine klare Absage zu erteilen. Die Sozialdemokratie sei unumstößlich auf der richtigen Seite gestanden, auf der Seite der Demokratie und Arbeiterrechte, betonte Ludwig.

Ein deutliches Bekenntnis legte Ludwig für das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) ab. Sein Erhalt und seine ausreichende Dotierung sind unverzichtbar. Das DÖW müsse eine objektive und frei agierende Organisation bleiben. Die jüngsten Geschehnisse in Neuseeland zeigen, dass der Verhetzung im Netz stärkere Aufmerksamkeit zukommen sollte und das Zusammenleben der Religionen stärker gefördert werden muss. Dafür wolle er als Wiener Bürgermeister eintreten.

Lernen verlangt Freiwilligkeit

Die Vorsitzende der Universitätskonferenz Rektorin der Universität für Bildende Künste, Eva Blimlinger, widmete ihren Beitrag der Frage, ob aus der Geschichte für die Demokratie gelernt werden kann. Geschichte könne als Interpretation des Geschehenen verstanden werden. Betrachte man den Begriff "Austrofaschismus", so sei dieser in der Geschichtsschreibung höchst umstritten, legte Bimlinger dar. Es kursierten eine Reihe von Titulierungen und Bezeichnungen, die den Zeitraum von 1933/34-1938 beschreiben sollen. Blimlinger zitierte acht für die Zeit des Austrofaschismus synonym verwendete Termini, die mitunter eine gefährliche Umschreibung aufweisen, weil sie eine schleichende Umdeutung dieser Zeit im geschichtsrevisionistischen Sinne herbeiführen sollen. Immerhin sind sich HistorikerInnen mittlerweile weitergehend einig, dass die Ereignisse im März 1933 nicht als Selbstausschaltung des Parlaments angesehen werden können. Eva Blimlinger hält nichts von verordneten Besuchen in KZ-Gedenkstätten, diese könnten bei Manchen eher das Gegenteil des Erhofften bewirken. Lernen verlange immer auch eine gewisse Freiwilligkeit. Den Besuch möglichst vielen Menschen zu ermöglichen sei dennoch besonders wichtig.

Rückblick und Ausblick zur Opferfürsorge

Kurt Wegscheidler, für die Opferfürsorge zuständiger Abteilungsleiter im Sozialministerium, stellte seinen Vortrag unter das Motto: "Opferfürsorge: gestern - heute morgen". Bereits im Juli 1945 trat das Opferfürsorgegesetz in Kraft, welches WiderstandskämpferInnen und politisch Verfolgte entschädigen sollte. Seit dieser Zeit wurden rund 80 Novellen in Abstimmung mit den Opferverbänden beschlossen. Jährlich fließen rund 15 Millionen Euro an Zahlungen, in Summe wurde seit Beginn knapp eine Milliarde Euro ausbezahlt. Eine Reihe von weiteren Vorschriften wurde im Bereich der Rückstellung und Rückgabe von Vermögenswerten erlassen, wie etwa das Rückgabegesetz von 1947, der Hilfsfonds von 1956 und Regelungen zu erblosen Vermögen. Der 1995 gegründete Nationalfonds, der Entschädigungsfonds sowie das Abkommen zur Restitution 2001 belegen, dass die Opferfürsorge bis heute einen wesentlichen Bestandteil der demokratischen Erinnerungskultur der Republik Österreichs darstellt.

Andreas Schieder, Franz Vranitzky, Gerald Netzl, Laurien Scheinecker, Andrea Brunner und Michael Ludwig



Der Chor der Roten Falken hat unsere Feier musikalisch begleitet



Rektorin Eva Blimlinger ging auf die Frage ein, ob wir aus der Geschichte "lernen" können



Kurt Wegscheidler bot ein interessantes Zwischenresümee zur Opferfürorsorge



Bürgermeister Michael Ludwig verwob in seiner Keynote persönliche Erfahrungen in der antifaschistischen Arbeit mit historischen Entwicklungen in und rund um die Sozialdemokratie

Niemals vergessen: Unsere Geschichte zum Nachlesen

Der Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen begeht das Jubiläum seines 70-jährigen Bestandes. Aus diesem Anlass zieht der Bund mit der Vorlage einer umfangreichen Organisationsgeschichte Bilanz über seine bisherigen Aktivitäten.

ie Gründergeneration rekrutierte sich aus dem Kreis sozialistischer WiderstandskämpferInnen gegen Austrofaschismus und Nationalsozialismus. Mittlerweile haben nachfolgende Generationen die Erinnerungskultur übernommen – und das leider noch immer notwendige Engagement gegen aktuelle Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und Geschichtsrevisionismus.

Die Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen gaben durch ihre persönlichen Lebensgeschichten Zeitzeugenschaft für die Barbarei des Faschismus. Sie waren in der Erinnerungsarbeit unersetzbare moralische Instanzen. Zu diesem Aufgabenbereich zählt auch die Aufmerksamkeit für die Pflege von Gedenkorten und Gedenkstätten. Gemeinsam mit den anderen Opferverbänden fiel dem Bund im ständigen Bemühen um die Verbesserung der Opferfürsorge eine wichtige sozialpolitische Funktion zu. Als Teil der Sozialdemokratie war (und ist) der Bund ein mahnendes Gewissen innerhalb der SPÖ; umso wichtiger wurde diese Stimme immer dann, wenn das unkritische Buhlen um ehemalige Nationalsozialisten die Oberhand zu gewinnen drohte. Auch bei allen Auseinandersetzungen mit dem Neonazismus in verschiedenen Perioden der Zweiten Republik waren die Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen stets zur Stelle. Viele großartige und unvergessene Persönlichkeiten bestimmten und repräsentierten die Politik des Bundes - stellvertretend seien hier Rosa Jochmann, die von 1949 bis zu ihrem Tod 1994 den Vorsitz führte, Ernst Nedwed, Hannes Schwantner und Rudi Gelbard genannt.

Die Losung "Niemals vergessen!" bleibt nach wie vor aktuell und ist auch die Triebkraft der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen bei allen Aktivitäten. Denn nur mit gesichertem historischem Bewusstsein können neue Tendenzen der Gefährdung von Demokratie erkannt und erfolgreich bekämpft werden.

Der Jubiläumsband wird von einem dokumentarischen, reich illustrierten Teil von Originaltexten und Faksimiles aus unserer Zeitung "Der Sozialdemokratische Kämpfer" geprägt, die ein anschauliches und authentisches Bild der vielseitigen Tätigkeit vermitteln. Dazwischen sind erläuternde historische Exkurse eingeschoben und der Schlussteil ist der Präsentation der einzelnen Landesverbände des Bundes vorbehalten

Heimo Gruber



Niemals vergessen! Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen 1949 – 2019.

ÖGB Verlag, Wien, 2019, ISBN 978-3-99046-314-7, 232 Seiten, € **29,90**.

Grundrechte sind unantastbar!

Wir sagen Nein zum schwarz-blauen Staatsumbau. Unseren Vorkämpferinnen und Vorkämpfern schulden wir die bedingungslose Verteidigung unserer Demokratie. Am 1. März hat der Bundesvorstand des Bundes Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen in Bruck an der Mur daher einstimmig die folgende Position beschlossen.

ie Bundesregierung verfolgt einen klaren Plan: Sie möchte unseren Staat umbauen. Herbert Kickl als Innenminister ist eine Gefahr für alle jene Grundsätze, für die die Sozialdemokratie seit ihrem Bestehen gekämpft hat.

Die jüngste Diskussion zur sogenannten "Schutzhaft" ist dafür beispielhaft: Aus dem Innenministerium kam der Vorschlag, geflüchtete Menschen auf Verdacht festzunehmen und so ihrer Freiheitsrechte zu berauben. Anlass dazu gab die Tötung eines Beamten in Vorarlberg durch einen Asylwerber, gegen den jedoch eigentlich ein Einreiseverbot nach Österreich ausgesprochen worden war. Natürlich, solche Vorfälle sind durch nichts zu entschuldigen. Menschen auf willkürlichen Verdacht ihrem Grundrecht auf Freiheit zu berauben, wie Kickl es vorgeschlagen hat, darf aber niemals die Antwort sein. Die Einschränkung von Demokratie und die Aushöhlung von Grund- und Menschenrechten wird seitens der Regierung Stück für Stück betrieben. Unter dem Vorwand, dass diese Maßnahmen für eine bestimmte Gruppe geplant sind, werden rote Linien überschritten, das Undenkbare wird Schritt für Schritt denkbar gemacht und möglicherweise tatsächlich Realität. Dieser gravierende Angriff auf den Rechtsstaat wird von der ÖVP unterstützt.

Die Sozialdemokratie steht vor einer großen Herausforderung: Wir müssen wachsam sein und dürfen keinen Millimeter weichen. In der ersten Hälfte der 1930er Jahre führte das schrittweise Aushöhlen demokratischer Grundrechte unser Land in die Diktatur. Unsere zahlreichen VorkämpferInnen haben über Jahrzehnte Warnungen ausgesprochen, die wir unter den aktuellen Voraussetzungen ernster denn je nehmen müssen. So hat Rudi Gelbard vor einem der unzähligen Zeitzeugengespräche, die er mit jungen Menschen geführt hat, um seine Erfahrungen für sie greifbar zu machen, genau definiert, warum er sein Leben unter diese Aufgabe gestellt hat: "Ich werde über die Jetztzeit sprechen. Über die Gefahren jetzt. Natürlich bin ich gegen jedes Unterschätzen und Überschätzen. Das heißt nicht, dass ich morgen wieder ins KZ komme. Das wäre hysterisch. Aber, dass es so 30 bis 40 %, besonders wenn noch ein blauer Bundeskanzler käme, zu einem blauen Präsidenten, es so wie in Polen oder Ungarn werden könnte. Das genügt mir auch schon."

Ja, die schwarz-blaue Bundesregierung hat besonders den Abbau von sozialstaatlichen Errungenschaften im Fokus und es scheint, als würde sie die extrem rechten Positionen der FPÖ immer dann ins Spiel bringen, wenn sie von der Umsetzung von unsozialen Maßnahmen ablenken möchte. Das ist perfide und gefährlich. Als SozialdemokratInnen dürfen wir niemals in ihre Rhetorik mit einschwingen. Wir müssen unser Menschenbild, das auf Freiheit und Solidarität beruht, tagtäglich vor rechten Angriffen verteidigen und selbstbewusst die einzig mögliche Antwort auf den Staatsumbau von Schwarz-Blau auf Kosten von Grund- und Menschenrechten formulieren: NICHT MIT UNS!

Wir gratulieren: Jänner bis März 2019

97. Geburtstag: Bruckner Eduard, Wien. 96. Geburtstag: Wachold Kurt, Wien. 95. Geburtstag: Wuttke Lia, Eichgraben; Radner Angela, Linz; Fantl-Brumlik Walter, Wien. 94. Geburtstag: Turnitscher Hubert, Bruck/Mur; Michalica Paula, Seeböck Edith, Wien. 93. Geburtstag: Male Maria, Ferlach; Schmitt Rosina, Linz; Lirsch Elfriede, Schwarzau Am Steinfelde; Sasso Katharina, Winzendorf, Sidlof Hans, Wien. 92. Geburtstag: Moritz Herbert, Salzburg; Daxböck Hilda, St. Pölten; Slabina Albin, Zelinsky Kurt, Capra Erika, Weisz Otto, Wien. 91. Geburtstag: Kahlhammer Helmut, Leoben; Gomez Helga, Linz; Oswald Josefine, Tragöss-Sankt Katharein; Hofbauer Frieda, Seiler Walter, Wien. 90. Geburtstag: Ragger Maria, Tallon Anna, Linz; Jerusalem Emma, St. Margarethen; Rauch Josef, Zell Am Ziller, Rath-Rauch Edith, Wien. 85. Geburtstag: Grandl Gottfried, Bruck/Mur; Posch Josef, Neudörfl; Ploderer Ingeborg, Stockinger Richard, Klein Gertrude, Prucha Leopold, Brosch Maria, Braun Helmut, Wien. 80. Geburtstag: Schmidt Josef, Bernstein; Piribauer Franz, Göllersdorf; Grillenberger Johann, Grosshöflein; Haager Heinz, Mödling; Ulrich Walter, Piberbach; Beck Irene, Piesting; Ehrenhuber Ingrid, Steyr; Pintarich Vinzenz, Trausdorf/Wulka; Reiter Adolf, Wr. Neustadt; Trimmel Erich, Streicher Rudolf, Andel Willi, Milak, Hildegard, Göttlicher Helmut, Lehner Adolf, Ipser Gerhardt, Pavlovsky, Wilhelm, Schuster Walter, Weissensteiner Josef, Wien. 75. Geburtstag: Trumler Christa, Baden; Nuhsböck Liselotte, Deutsch-Wagram; Wolfsgruber Gernot, Graz; Ludwan Alois, Königstetten; Mader Peter, Neusiedl Am Steinfeld; Pölzl Hilde, Schindlauer Rupert, Salzburg; Reisigl-Stock Maria, Schwaz; Riederer Franz, St. Pölten; Huss Helmut, Wölbling; Söser Emil, Wolfsegg; Urtheiler Klaus, Wr. Neustadt; Proschinger Norbert; Daniel Erwin, Knapp Ilan, Nagl Heinrich, Hajek Klaus, Müller Jana, Wenty Ditmar, Wollner Hermine, Sirch Elisabeth, Oberleitner Franz, Winter Franz, Herzog Franz, Schiechl Karl, Machaczek Franz, Wien.

Schwerer Verlust

Wir trauern um Peter Ulrich Lehner

m 28. Februar 2019 ist unser Genosse Peter Ulrich Lehner nach langer Krankheit verstorben. Mit "Ulo", wie er gerufen werden wollte, verlor unser Bund einen engagierten Funktionär und lieben Freund. Er war ein leidenschaftlicher Antifaschist, der immer einen kühlen Kopf bewahrte.



Viele Jahre war er der Bezirks-

gruppe Hernals ein aktiver Vorsitzender, gehörte seit 1993 dem Wiener Landesvorstand und seit 1996 dem Bundesvorstand an. Anlässlich des 60-Jahr-Jubiläum unseres Bundes veröffentlichte Ulo das Buch "widerstand und freiheitskampf. Lyrische Beiträge des 20. Jahrhunderts aus Österreich". Einen Meilenstein setzte er als Bezirkshistoriker mit "Verfolgung, Widerstand und Freiheitskampf. Ereignisse, Gestalten, Orte, Spuren in einem Wiener Arbeiter/innenbezirk" Ein Heimatbuch der anderen Art".

"Ulo" war nicht "nur" Antifaschist, er war als Sozialdemokrat und Gewerkschafter auch und besonders an einer Vermenschlichung der Arbeitswelt interessiert. Von 1972 bis 2012 erschien die Zeitschrift "mitbestimmung". Wir werden in seinem Sinn weiterkämpfen.

Otto-Bauer-Plakette für Wolfgang Katzian

m 18. Dezember 2018 ehrten wir ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian im Rahmen des FSG-Bundesvorstands für sein aktives antifaschistisches Engagement mit der Otto-Bauer-Plakette. Gerald Netzl nannte Genossen Katzian einen "wichtigen Partner und Unterstützer im Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus". Geprägt wurde Katzian besonders von Josef Hindels, der sich als Jugendlicher gegen das austrofaschistische Regime zur Wehr setzte und in der Zweiten Republik Generationen von Jugend- und GewerkschaftsfunktionärInnen antifaschistisch erzog. Netzl würdigte überdies Wolfgang Katzians "eindeutige Haltung zum Umgang mit der FPÖ, die mit ihrer rechtsdemagogischen Agitation und ihrer Politik eine zunehmende Verrohung von Gesellschaft und Politik zu verantworten hat – wie sich anhand zahlreicher "Einzelfälle' zeigt". Viktor Adler bezeichnete einst Partei und Gewerkschaft als siamesische Zwillinge – der Antifaschismus ist Bestandteil der DNA dieser Zwillinge.

Wolfgang Katzian ist gelernter Bankkaufmann. Er war Jugendsekretär und Zentralsekretär der GPA, ab 2005 Vorsitzender der Gewerkschaft der Privatangestellten – Druck, Journalismus, Papier. 2006 und 2008 bis 2017 war er SPÖ-Abgeordneter zum Nationalrat. Von 2009 bis 2018 war er Vorsitzender der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen im ÖGB, im Juni 2018 wählten ihn die Delegierten des ÖGB-Bundeskongress zum Präsidenten. An der Ehrung nahmen Mitglieder des Bundesvorstands der FreiheitskämpferInnen teil, die als Betriebsräte und GewerkschafterInnen Wolfgang Katzian eng verbunden sind.

Rosa-Jochmann-Plakette für Kuretsidis-Haider

m 13. Dezember 2018 wurde Frau Dr.in Claudia Kuretsidis-Haider als bisher vierzehnte Person die Rosa-Jochmann-Plakette unseres Bundes überreicht.

Schon 1995 arbeitete Kuretsidis-Haider mit Herbert Exenberger an dem grundlegenden Buch "Gedenken und Mahnen in Wien 1934-1945". 1998 gründete sie gemeinsam mit Winfried R. Garscha die "Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz". Seit 2000 organisiert sie die jährliche Gedenkfahrt für die im Lager Engerau (Petržalka, Bratislava) inhaftierten ungarisch-jüdischen ZwangsarbeiterInnen. Ihre 2003 publizierte Dissertation widmete sie den "Engerau-Prozessen". Claudia Kuretsidis-Haider verbindet auf beispielgebende Weise Wissenschaft und zivilgesellschaftliches Engagement. Ihre Aktivitäten sind gelebtes "Niemals vergessen".

Unser geschäftsführender Bundesvorsitzender Gerald Netzl überreichte Urkunde und Plakette bei der Feier "20 Jahre Forschungsstelle Nachkriegsjustiz". Diese wichtige Institution wurde im Dezember 1998 gegründet. Sie hat ihren Sitz am DÖW. In den 20 Jahren ihres Bestehens ist die Forschungsstelle zu einem wichtigen Dokumentationszentrum innerhalb der internationalen Scientific Community zu Fragestellungen des Umgangs der Nachkriegsgesellschaften mit den NS-Verbrechen geworden.

Die Forschungsstelle führte mehrere große Projekte durch, wie z. B. die EDV-gestützte Erfassung der Kartei des Wiener Volksgerichts sowie sämtlicher Linzer Volksgerichtsakten. Die zu erfassenden Aktenbestände beinhalten eine große Anzahl an Verfahren. Allein zwischen 1945 und 1955 wurden von den Staatsanwaltschaften bei den vier Volksgerichten 136.829 Vorerhebungen bzw. Voruntersuchungen nach dem Kriegsverbrechergesetz oder dem NS-Verbotsgesetz gerichtsanhängig gemacht. Diese fast 137.000 Ermittlungsverfahren führten zu 28.148 Anklagen bei den Volksgerichten, die in Wien, Graz (mit Außensenaten in Leoben und Klagenfurt), Linz (mit Außensenaten in Salzburg und Ried im Innkreis) und Innsbruck eingerichtet waren. Die Zahl der Schuldsprüche beträgt 13.607, davon waren 43 Todesurteile und 29 lebenslängliche Freiheitsstrafen. Nach 1955 wurden gegen rund 5.000 Personen einschlägige Ermittlungen angestrengt.

Bei der Feier sprachen Friedrich Forsthuber (Präsident des LG Wien), Martin Polaschek (Vizerektor für Studium und Lehre, Universität Graz; Präsident der Forschungsstelle), Claudia Kuretsidis-Haider selbst, ihr Co-Leiter Winfried R. Garscha sowie der ehemalige Generaldirektor des Österreichischen Staatsarchivs Lorenz Mikoletzky.



V.I.n.r.: Franz Koskarti, Kira Höfenstock, Wolfgang Katzian, Marcus Strohmeier, Brigitte Pellar, Gerald Netzl und Ronny Jesenko



Claudia Kuretsidis-Haider und Gerald Netzl nach der Überreichung der Rosa-Jochmann-Plakette

ominik Lang

Daniel Novotny neuer Vorsitzender in Hernals

m 17. Jänner fand die Bezirkskonferenz der FreiheitskämpferInnen im Arbeiterheim Hernals statt.

Nach vielen erfolgreichen Jahren an der Spitze der Wiener Bezirksgruppe Hernals wurde Peter Ulrich Lehner einstimmig zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Peter Ulrich Lehner trug maßgeblich zum erfolgreichen Aufbau der Gruppe bei und errabeitete in akribischer Weise eine Liste von WiderstandskämpferInnen unabhängig ihrer politischen Überzeugung, die sich in Hernals gegen den Austrofaschismus und den Nationalsozialismus erhoben. Das daraus entstandene Buch wurde Grundlage des Denkmals am Platz der Freiheit. Leider ist Peter Ulrich Lehner am 28. Februar 2019 verstorben.

Der Vorsitzende der FreiheitskämpferInnen Wien, Gerald Netzl, freute sich über die Weiterführung der Arbeit und sagte der Bezirksgruppe seine Unterstützung zu.

Der neu gewählte Vorsitzende Daniel Novotny sowie die weiteren Vorstandsmitglieder (u. a. Melanie Eilder, Birgit Gasser, Rebecca Hulla, Hannelore Hoyda) der FreiheitskämpferInnen Hernals wollen die Arbeit ihres Vorgängers fortsetzen und wieder antifaschistische Akzente im Bezirk setzen. Kooperationen mit der Sozialistischen Jugend, allen Sektionen und Nebenorganisationen aber auch anderen Vereinen stehen auf der Vorhabensliste der erneuerten Bezirksgruppe. Diskussionen, Workshops und andere



Die Redaktion gratuliert Genossen Daniel Novotny (Bildmitte) und seinem Team herzlich zur Wahl

Aktivitäten werden in den nächsten Monaten geplant. Der neu gewählte Vorstand setzt sich aus Mitgliedern verschiedenster Sektionen und Nebenorganisationen zusammen und repräsentiert die Breite der SPÖ Hernals.

Ein Roman als Spiegel der Zeit



Luis Stabauer (Bildmitte hinten, mit Buch in der Hand) wusste in der Donaustadt mit seinem Roman und einer Lesung daraus zu begeistern

m Freitag, dem 1. Februar fand in den Räumlichkeiten der SPÖ-Bezirksorganisation Donaustadt, die von der Bezirksgruppe der Freiheitskämpfer organisierte Buchpräsentation "Die Weißen" mit dem Autor Luis Stabauer und dem Liedermacher Reinhart Sellner statt.

Luis Stabauer spannt mit einer der Hauptfiguren seines Romans, der nun 87-jährigen Franzi, gekonnt den Bogen von der Gegenwart in die Vergangenheit. Das Jahr 1934, der Austrofaschismus, das NS-Terrorregime bis in die Nachkriegszeit und die 70er-Jahre der Ära Kreisky werden den LeserInnen auf bewegende Weise nähergebracht.

In einer klaren und eindrucksvollen Sprache schildert er die emo-

tionale Situation der ProtagonistInnen und deren Lebensweg. Seine beiden Romanfiguren wurden anonymisiert, nicht aber die jeweiligen historischen Personen, die für geschichtlich Interessierte nur allzu bekannt sein werden. Die Lesung wurde von Reinhart Sellner musikalisch begleitet, der die verschiedenen Kapitel mit ArbeiterInnenliedern und selbst getexteten Liedern untermalte.

Die BesucherInnen des Abends waren berührt, betroffen und verließen emotional und nachdenklich die gelungene Veranstaltung. Allen gemein war die Überzeugung, dass es in unser aller Verantwortung liegt, dass "Nie wieder" nicht bloß eine Phrase, sondern gelebte Realität ist.

Diese Veranstaltung ermöglichte die Auseinandersetzung mit den wichtigsten Themen der FreiheitskämpferInnen und wir hoffen, dass auch andere sozialdemokratische Organisationen eine Lesung in ihren Bezirken abhalten werden, um diesen wertvollen Roman vielen Menschen näher zu bringen.

Claudia Garfias

Soziale Probleme konsequent lösen

nlässlich des 85. Jahrestages der Februarkämpfe luden der Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, die Gewerkschaft vida Salzburg und die Stadt-SPÖ zu einer gemeinsamen Kranzniederlegung am Salzburger Hauptbahnhof. Der SPÖ-Bürgermeisterkandidat und Vizebürgermeister Bernhard Auinger hielt die diesjährige Gedenkrede.

Auinger betonte, dass der 12. Februar 1934 ein schwarzer Tag in Österreichs Geschichte sei. Denn dieser Tag markiere den Beginn der Februarkämpfe. Er hob unter anderem auch hervor, dass es in Salzburg organisierte Eisenbahnarbeiter waren, die eine der aktivsten Gruppen des Widerstands gegen die Nationalsozialisten bildeten. Auinger verwies in

seiner Rede besonders auf die Bedeutung, sozialer Ungleichheit den Kampf anzusagen: "Das Lösen der sozialen Frage ist daher auch heute noch – am



Bernhard Auinger wies in seiner Gedenkrede besonders auf die Relevanz der sozialen Fragen hin

85. Jahrestag der Februarkämpfe – die wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie. Wir haben heute mehr denn je die Aufgabe, soziale Probleme konsequent zu lösen. Unser Einsatz für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit hat nichts an Bedeutung verloren. Es ist daher eine wichtige Aufgabe, allen heutigen Formen des Neofaschismus, der Intoleranz und der Vorurteile entgegenzutreten."

Am Salzburger Hauptbahnhof kam es am Abend des 12. Februars 1934 zu einem größeren Zwischenfall, als nach der Ausrufung des Generalstreiks im Heizhaus eine Lokomotive in die Drehscheibengrube gefahren wurde. Zahlreiche Züge konnten so bis zum darauffolgenden Abend nicht mehr abgefertigt werden.

Wir sind immer auf der Seite der Demokratie gestanden

Die Wiener SPÖ-Bildung, der Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, die Sozialistische Jugend Wien und die SPÖ Döbling luden ein zum Gedenken an die Opfer der Februarkämpfe 1934. Die diesjährige Kundgebung fand am 12. Februar 2019 im 19. Bezirk, im Karl-Marx-Hof, ein wesentliches Zentrum des Widerstandes gegen den Faschismus, statt.

ach den Begrüßungsworten durch den Ersten Landtagspräsidenten und den Vorsitzenden der Wiener-SPÖ Bildung, Ernst Woller, erinnerte Landesparteisekretärin Barbara Novak an ihre Kindheit im Karl-Marx-Hof. Barbara Novak betonte, dass mit dem Kampf gegen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Demokratie abgeschafft wurde. Macht und Herrschaft über die ArbeiterInnenschaft, ihren Willen und Arbeitskraft auszuüben diente dem Faschismus, dem Kapitalismus und dem Neoliberalismus stets als Instrument zur Maximierung von Profit- und (autoritären) Machtbestrebungen. In Österreich ist die Mitbestimmung der arbeitenden Menschen durch Sozialpartnerschaft und Selbstverwaltung akut in Gefahr.

Während der neue Vorsitzende der FreiheitskämpferInnen Döbling/ Währing, Conrad Neuwirth-Riedl, das Schicksal des SDAP-Funktionärs Karl Mark während der Geschehnisse dieser Zeit nachzeichnete, schlug die Vorsitzende der SJ Wien, Fiona Herzog, eine Brücke in die Gegenwart. Sie mahnte ein, den Neoliberalismus zu überwinden, um Freiheit und Gleichheit zu verwirklichen.

Der Wiener SPÖ-Bürgermeister hielt das Hauptreferat am 12. Februar-Platz. Er erinnerte an Josef Hindels und kritisierte die unrichtige These der geteilten Schuld. Dieser zufolge trüge die Sozialdemokratie an der Eskalation im Jahre 1934 Mitschuld. Doch die SPÖ sei immer auf der Seite der Demokratie gestanden und sie werde nicht zulassen, dass die Geschichte umgedeutet werde.

Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien wollen das gemeinsame Europa zerstören. Die Wahl zum Europäischen Parlament werde zu einem Anlass, gegen diese Parteien aufzutreten. Das Aufkeimen nationaler Egoismen müsse bekämpft werden. Dafür werde Sozialdemokratie wie auch in der Vergangenheit aufstehen.

Bürgermeister Ludwig würdigte Rudolf Gelbard in ehrlichen und rührenden Worten. So musste Rudi Gelbard die Novemberpogrome am eigenen Leib erfahren und erleben, wie 19 Mitglieder seiner Familie in



So begleiteten Projektionen von Aufnahmen aus der Zeit des Geschehens auf der Fassade des Karl-Marx-Hofes die gelungene Veranstaltung

Konzentrationslagern ermordet wurden. Gelbard war als Jugendlicher selbst im Konzentrationslager. Er überlebte und wurde zum aktiven Mahner gegen die NS-Zeit. Mit Kraft und Elan, Intelligenz und Herz trat er mit rhetorischem Können dem (neuen) Faschismus entgegen.

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten können stolz darauf sein, was sie geschaffen haben. Mit diesem Satz schloss Ludwig seine Rede.

Gemeinsames Gedenken in Meidling

m 16. Februar fand vor dem Urnenhain beim Denkmal der Opfer am Meidlinger Friedhof in Wien ein besonderes Gedenken anlässlich 85 Jahre Februarkämpfe 1934 statt. Zahlreiche Genossinen und Genossen erschienen und gedachten der Opfer im Bezirk unter den wehenden Fahnen der SJ und lauschten der großartigen Darbietung des Chors der Wiener Arbeitersänger unter der Leitung von Martina Redl.

Es begann mit der Einleitung des Vorsitzenden Dominik Lang, die von Historiker Josef Fiala ergänzt wurde. Genosse Fiala ging dabei näher auf die Kämpfe und Opfer im Bezirk ein. Meidlings Parteivorsitzende Gabriele Mörk trat in ihrer Rede vehement für sozialen Zusammenhalt, demokratische Rechtsstaatlichkeit und Gewaltentrennung ein.



Den zahlreichen Gästen, Ehrengästen, der SJ und vielen anderen Emeidlinger Genossinnen und Genossen gilt der aufrichtige Dank der FreiheitskämpferInnen für ihr Kommen. Sie alle trugen zum würdigen Gedenken an die Opfer des Austrofaschismus bei.

Gedenken am Reumannplatz



Wie jedes Jahr gedachten die SPÖ Favoriten und die FreiheitskämpferInnen Favoriten der Opfer des 12.Februar 1934 an der Gedenkstätte beim Mahnmal am Reumannplatz. LAbg. GemRat Peter Florianschütz hielt vor den zahlreichen Anwesenden die Gedenkansprache.

Von links nach rechts: LAbg. GemRat. Peter Florianschütz, Ehrenvorsitzende GemRätin a.D.Herta Slabina, Vorsitzender der FreiheitskämpferInnen Favoriten GemRat a. D. Volkmar Harwanegg – flankiert von Fahnen tragenden SJ-GenossInnen.

Der Februaraufstand

Kurt Bauer ist dafür bekannt, "ohne ideologische Scheuklappen" arbeiten zu wollen. Im vorliegenden Buch will er, so der Verlagstext, Fakten bringen und Mythen erklären: "[...] Kann man tatsächlich von einem heldenhaften Kampf der Arbeiter für die Demokratie sprechen? Oder war der Februaraufstand nicht vielmehr ein blutiges Desaster, in das die sozialdemokratische Führung sehenden Auges hineinstolperte?"

nders als etwa Gudula Walterskirchen ("Die blinden Flecken der Geschichte", 2017) verbreitet Bauer jedenfalls keine abstrusen Thesen, auch wenn wir als sozialdemokratische FreiheitskämpferInnen einzelne Ereignisse politisch anders bewerten als er. Etwa die Frage nach einer "Schuld" der sozialdemokratischen Führung am Ende der Demokratie, weil diese sich Seipels Koalitionsangebot nach dem Zusammenbruch der Creditanstalt 1931 verweigerte. Oder wenn er Otto Bauer als politischen und Julius Deutsch als militärischen Führer des Aufstands bezeichnet, waren die Kämpfe doch aufgrund des spontanen Ausbruchs führungslos.

Man wird Kurt Bauer nicht widersprechen, wenn er Engelbert Dollfuß im März 1933 Verfassungsbruch vorwirft oder, wie schon Garscha 2012 ("Opferzahlen als Tabu"), die Verwendung des Begriffs "Bürgerkrieg" für die "zeitlich und territorial eng begrenzten bewaffneten Auseinandersetzungen" widerlegt. Der Autor verschweigt nicht die harte Haltung Justizminister Schuschniggs zu den standrechtlichen Todesurteilen. Schuschnigg verhinderte die Weiterleitung der Gnadengesuche für Münichreiter, Weissel, Svoboda und Wallisch an Bundespräsident Miklas.

Die Darstellung der wichtigsten Kampfschauplätze ist anderswo schon detaillierter erfolgt. Wertvoll erscheint die namentliche Auflistung aller knapp 360 Februartoten mit Geburtsjahr, Wohnort, Beruf und Todesursache sofern rekonstruierbar. Damit bekommen alle Toten erstmals in einem Buch ihre Namen. Das Gros der Toten, 38 Prozent, waren unbeteiligte Zivilistinnen und Zivilisten; Schutzbündler und Exekutive bzw. Regierungsseite je 31 Prozent.

Bauer schreibt "Der 12. Februar und der 25. Juli 1934 sind in je eigener Art und Weise zentrale Bestandteile der Traditionspflege von Sozialdemokraten und Christlichsozialen. [...] Beide Mythen bildeten sich jeweils um Niederlagen und Katastrophen (Ermordung Engelbert Dollfuß durch Nationalsozialisten, Anm.). Sie sind in ihrem Kern Opfer- und Auferstehungsmythen. Die These ,Februarmythos' und die Antithese Julimythos' fanden ihre Synthese im versöhnenden Mythos von der ,Lagerstraße'. Politische Mythen sind emotional tief verankert."

Fazit: Mit kleineren Einschränkungen wie z. B. fehlenden Adressen der umkämpften Gemeindebauten

oder Namen (Der "Rabenhof" hieß ursprünglich nach Friedrich Austerlitz und erhielt erst 1935 seinen neuen Namen.) lesenswert.



Kurt Bauer: **Der Februaraufstand 1934. Fakten und Mythen.** Böhlau Verlag, Wien, 2019, ISBN: 978-3-205-23229-2,

217 Seiten, € 23,00.

Tor der Erinnerung eröffnet

Die Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen haben am 10. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, das "Tor der Erinnerung", eine neugestaltete Gedenkstätte im SPÖ-Parteihaus in Innsbruck, präsentiert. Das Erinnerungsprojekt wurde von SchülerInnen der HTL für Bau und Design in Innsbruck gestaltet.

it Unterstützung von HTL-Abteilungsvorstand Dr. Ingrid Haisjackl und begleitet von den Professorinnen Kathrin Jäger und Martina Messner sind acht Entwürfe bzw. Vorschläge entstanden, aus denen eine Jury drei Siegerprojekte und ein Anerkennungsprojekt ausgewählt hat.

Das mit dem ersten Preis ausgezeichnete Projekt wurde von den SchülerInnen Lillian Bendiksen, Janik Döttlinger und Jasmin Stolz gestaltet. Bei diesem Projekt schauen Augen als Symbol der Gesellschaft tatenlos zu, während Millionen von Unschuldigen ermordet werden. Menschliche Silhouetten lassen zwei Interpretationen zu: Einerseits werden mit den namenlosen Gestalten Opfer assoziiert, andererseits stehen sie für eine Gesellschaft, die sich bei den schrecklichen

Taten der Nationalsozialisten wegduckte. Ein überzeugendes Konzept für die Neugestaltung des Foyers, wie die Jury bei ihrer Beurteilung ausführte.

Das "Tor der Erinnerung" wurde im Gedenken an den Widerstand gegen Austrofaschismus und Nationalsozialismus installiert. FreiheitskämpferInnen-Vorsitzende Elisabeth Fleischanderl betonte anlässlich der feierlichen Eröffnung: "Wir haben den heutigen Tagnicht ohne Grund für die Präsentation unserer Gedenkstätte gewählt: Auch 70 Jahre nach der Allgemeinen Erklärungen der Menschenrecht sind Freiheit und Gleichheit aller Menschen immer wieder ins Gedächtnis zu rufen. Dazu soll auch das "Tor der Erinnerung", gestaltet von jungen Menschen, einen Beitrag leisten."



Projektinitiator Helmut Muigg, LAbg. Elisabeth Fleischanderl und Tirols Parteivorsitzender Georg Dornauer vor einem Teil der Gedenkstätte

Wiener Bürgerschaft: Scheinparlament im Austrofaschismus

m 12. Februar 1934 wurde das Wiener Rathaus besetzt, Bürgermeister Karl Seitz verhaftet und Gemeinderat und Landtag aufgelöst. Durch die Verordnungen des von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß neu eingesetzten Bundeskommissärs Richard Schmitz wurde eine neue Stadtverfassung und die "Wiener Bürgerschaft" als Volksvertretung oktroyiert. Die Mitglieder der Wiener Bürgerschaft wurden nicht gewählt, sondern durch den Bürgermeister berufen und konnten durch ihn auch wieder abberufen werden.

Die Bürgerschaft bestand aus 64 Räten. 52 Personen aus folgenden Berufsständen: je zwölf aus Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr, vier aus Landwirtschaft, Geld- und Kreditwesen, freien Berufen und öffentlichem Dienst.

Zwölf Personen stammten aus kulturellen Gemeinschaften (Religionsgemeinschaften, Kunst, Wissenschaft, Schul-, Erziehungs- und Bildungswesen). Die Bürgerschaft trat am 17. Mai 1934 erstmals zusammen. Grundsätzlich wurde in öffentlichen Sitzungen nicht debattiert. Eine Ausnahme stellten lediglich die Budgetverhandlungen dar. Die NSDAP wurde bereits 1933 verboten, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei 1934, die Christlichsoziale Partei löste sich 1934 selbst auf. Dollfuß gründete die Einheitspartei Vaterländische Front. Im März 1938 wurde die Bürgerschaft von den Nazis aufgelöst.

Biografien nun online

Das Wiener Stadt- und Landesarchiv hat die Biografien der Räte – also der Mitglieder der Bürgerschaft von 1934 bis 1938 - online gestellt. Die Biografien sind in POLAR - Wiener Politikerinnen und Politiker Archiv (https://www.wien. gv.at/kultur/archiv/politik/) sowie unter www. geschichtewiki.wien.gv.at online abrufbar.



zungssaal

Die Wiener Bürgerschaft im Gemeinderatssit-

Impulse lokaler Erinnerungsarbeit in Klagenfurt

"Die Stolpersteine machen uns wieder sehend, denn sie zeigen deutlich, dass Demütigung, Deportation und Mord nicht irgendwo passiert sind, sondern hier vor unserer Türe", formulierte die Klagenfurter Bürgermeisterin Dr. in Marie-Luise Mathiaschitz anlässlich der Verlegung von 16 "Erinnerungssteinen" im Sommer 2018.

39 Stolpersteine befinden sich nun in Klagenfurt insgesamt und folgt man der erziehungswissenschaftlichen Definition Nadja Danglmaiers, so stehen dahinter die folgenden Überlegungen: Die Aufgabe der nachgeborenen Generationen ist die Erinnerung aufrecht zu erhalten und das Schweigen zu brechen. Berichte, die wir von Überlebenden erhalten, stellen ein Erbe und eine Verpflichtung für uns dar. Diese sollen wir annehmen und nicht als Last empfinden, sondern vielmehr als Chance die heutige Zeit und auch die Zukunft freier und menschlicher zu gestalten.



Die letzte von bisher insgesamt drei Verlegungsaktionen mit dem Kunstschaffenden Gunter Demnig fand im August 2018 an verschiedenen Klagenfurter Adressen statt

Die Idee der bereits seit vielen Jahren bestehenallerdings den, bis zur Jahrtausendwende sehr zurückhaltend angelegten Gedenkarbeit in Klagenzusätzliche furt Erinnerungspunkte an die lokalen Opfer des NS-Regimes zu widmen, entwickelte sich im Vorstand von Memorial Kärnten-Koroška etwa ab dem Jahre 2006. Freilich befand sich die Initiative zu diesem Zeitpunkt vor beinahe unüberwindlichen Barrieren, diese Kunst-Idee zu verwirklichen. Dennoch ergaben sich insbesondere durch das Engagement der mittlerweile leider verstorbenen Klagenfurter Gemeinderätin Mag.^a Sieglinde Trannacher Möglichkeiten zur Realisierung.

Die Stolpersteine in Klagenfurt sind drei Opfergruppen gewidmet. Zunächst erinnern sie an die NS-Opfer jüdischen Glaubens. Im Jahr 1934 hatten rund 270 Jüdinnen und Juden ihren Lebensmittelpunkt in Kärnten. Dies änderte sich dramatisch nach dem sogenannten "Anschluss" Österreichs an das Nazi-Regime. Die Hälfte der Klagenfurter Stolpersteine ist Jüdinnen und Juden gewidmet.

Die zweite Gruppe sind die all jene, die der Hitler-Diktatur kritisch gegenüber standen bzw. Widerstand gegen den Nationalsozialismus leisteten. Die Riege der Widerständigen umfasste das gesamte politische Spektrum, von einem

Vertreter des Ständestaates bis zu Sozialdemokraten und Kommunisten. Auch einige Gruppen der Kärntner Slowenen waren rege am Partisanenkampf gegen das NS-Regime beteiligt. Rund ein Viertel der Klagenfurter Stolpersteine sind Widerstandskämpfern gewidmet.

Die dritte Gruppe stellen die Opfer der Krankenmorde in der Zeit des Nationalsozialismus dar. Insgesamt wurden in den Jahren 1940 und 1941 mindestens 733 Menschen mit Behinderungen aus Kärnten vom NS-Regime ermordet.

Gunter Demnig, 1947 in Berlin geboren, ist ein deutscher Künstler. Bekannt wurde er durch die "Stolpersteine", die er für Opfer des Nationalsozialismus verlegt. Die Steine versieht er mit den Namen der Opfer und verlegt sie vor deren einstigen Wohnungen im Straßenoder Gehwegpflaster.

Anmerkung der Redaktion: Der Beitrag musste leider stark gekürzt werden. Wir bitten um Verständnis. Auf Anfrage übermitteln wird gerne die ungekürzte Fassung.

Vinzenz Jobst

"Ich lasse mich nicht brechen!"

Im Rahmen des Schwerpunkts Frauen und Widerstand fand 2018 im Frauenkommunikationszentrum ega ein Gespräch zu Frauen im Widerstand statt. Nationalratsabgeordnete Petra Bayr eröffnete die Veranstaltung und betonte die Wichtigkeit, die Staffel des Gedenkens und des Bewusstseins darüber, was Frauen im Widerstand leisteten, an die nächsten Generationen weiterzugeben.

esonders erfreulich gestaltete sich der Blick ins Publikum voller junger Interessierter. "Frauen und was sie in der Geschichte bewegt haben, wurden über Jahrhunderte verschwiegen, die Politik der derzeitigen Bundesregierung macht den Anschein, als würde sie eben darauf auch abzielen - wenn etwa Budgets für frauenspezifische Publikationen und Zeitungen gestrichen werden", stellte Genossin Bayr auch die Verbindung zur Gegenwart her.

Eine Einführung in die Thematik gab Dr. in Ilse Korotin, Vertreterin des Projekts BiografiA, dessen Ziel die Erstellung eines epochenumspannenden, österreichspezifischen Frauenlexikons ist. Seit 1998 konnten rund 22.000 Datenbankeinträge gesammelt werden und in zahlreichen Bänden veröffentlicht werden, darunter auch mehrere tausend Biografien von Widerstandskämpferinnen.

Die Beteiligung von Frauen am Widerstand wird trotz mittlerweile intensivierter Forschung unterschätzt. Frauen haben im Widerstand gegen NS-Diktatur, aber auch den Austrofaschismus eine maßgebliche Rolle gespielt, die in der zeithistorischen Forschung erst spät Berücksichtigung fand.

Der Widerstand von Frauen bestand oft aus scheinbar unspektakulären Tätigkeiten: Kurierdienste, Schmuggeln von Material, Bereitstellen von Unterschlupf, die Organisierung von Lebensmitteln. Ohne diese Tätigkeiten wäre der politische Widerstand nicht möglich gewesen, an dem Frauen auch aktiv beteiligt waren. Besonders ab Ende 1939 übernahmen sie mehr Tätigkeiten, da durch Fronteinsatz und Verhaftungen immer weniger Männer für illegale Arbeit zur Verfügung standen.

Festzuhalten bleibt, dass auch wenn Widerstandstätigkeiten oft in organisierten Gruppen stattfanden,



Ilse Korotin (links) und Marina Hanke (rechts) sprachen mit Moderatorin und ega-Teammitglied Barbara Mithlinger über weiblichen Widerstand und die Bedeutung von Gedenken und Widerstand heute



Besonders erfreulich: volles Haus im ega

letztlich jede einzelne Frau die Entscheidung zum Widerstand selbst treffen und das Risiko auf sich nehmen musste. Zahlreiche Frauen wurden verurteilt, in Gefängnissen und Lagern interniert, hingerichtet oder zu Tode gequält. Doch auch in Haft hörten die Aktivitäten nicht auf - in organisierten oder spontanen Zusammenhängen wurde weiterhin Widerstand geleistet.

Ilse Korotin verlas im Anschluss ausgewählte Texte von widerständischen Frauen, um sie sichtbar zu machen und selbst zu Wort kommen zu lassen.

Im anschließenden Gespräch diskutierte Korotin mit Gemeinderätin Marina Hanke über weiblichen Widerstand und die Bedeutung von Gedenken und Widerstand heute. Es wurde festgehalten, dass Widerstand von Frauen noch lange Zeit nach 1945 unsichtbar gemacht wurde. Gerade deshalb ist es heute umso wichtiger, Projekte wie BiografiA und andere Maßnahmen, wie die Erwähnung auf Gedenktafeln oder die Benennung

von Orten im öffentlichen Raum nach Widerstandskämpferinnen zu fördern. Durch solche Maßnahmen können die Geschichten derer, die in der bisherigen Geschichtserzählung vergessen und verdrängt wurden, aufrechterhalten und gewürdigt werden.

Doch heute geht es nicht allein um das Erinnern, sondern auch um die Losung, aus der Geschichte zu lernen. Geschichten von widerständischen Frauen zu hören bedeutet auch, von ihrem Mut zu lernen und diesen für die heutige Zeit zu nutzen. Auch wenn die Situation heute nicht vergleichbar ist mit damals, gibt es heute genauso Widerstandsbewegungen und gerade Frauen sind es, die auf der ganzen Welt für ihre Rechte eintreten und sich nicht länger unsichtbar machen lassen. Marina Hanke erinnerte beispielsweise an den Frauenstreik der Spanierinnen 2018, deren Motto für die Kraft politischen Handelns von Frauen steht: "Wenn wir stillstehen, steht die Welt still."

Im ega wurden noch weitere Veranstaltungen zum Thema "Frauen im Widerstand" angeboten: Beim ega Award wurden über 30 Frauen eingeladen, ihre Bilder auszustellen, die zum Teil auch direkten Bezug zum Thema Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus nahmen.

Ebenfalls konnte bei einer Veranstaltung mit dem Frauen Studienzirkel der Film "Der weibliche Name des Widerstandes" gezeigt werden, inklusive anschließender Diskussion mit der Autorin der Drehbuchvorlage Marie Therese Kerschbaumer.

Das Interesse bei allen Veranstaltungen war groß, Rückmeldungen zufolge war das ega die einzige Institution, die ihren Schwerpunkt im Gedenkjahr 2018 dezidiert auf das Thema Frauen und Widerstand gelegt hat. Das zeigt, dass der Themenkomplex Frauen und Widerstand weiterhin intensiv bearbeitet werden muss. Marina Hanke

Wer war Adelheid Popp?

1918 ist eindeutig eines der bedeutendsten Jahre der österreichischen Geschichte; nicht nur wurde die erste Republik gegründet, sondern erhielten Frauen das Wahlrecht. Als 1919 so die ersten acht sozialdemokratischen Frauen in den österreichischen Nationalrat gewählt wurden, war auch Adelheid Popp eine von ihnen.

delheid Popp musste aufgrund der finanziellen Not hrer Familie nach bereits drei Jahren die Schule verlassen, um in einer Fabrik zu arbeiten. Als ihre Brüder sie eines Abends zu einer ArbeiterInnenversammlung mitnahmen, trat sie erstmals mit der Bewegung der ArbeiterInnen in Kontakt. Bei einer Versammlung meldete sie sich spontan zu Wort, um über die Lage von Frauen in Fabriken zu reden; ihre Rede erregte so großes Aufsehen, dass man sie gleich bat, doch Artikel zu diesem Thema zu verfassen. Deshalb begann Adelheid Popp, trotz 12-Stunden-Schicht, Lesen und Schreiben zu lernen. Bis spätnachts setzte sie sich mit sozialistischen Schriften

auseinander und verfasste Artikel über die Lage von Arbeiter*innen.

Eines ihrer größten Anliegen war definitiv das Frauenwahlrecht, für das sie sich nicht nur, als Herausgeberin der "Arbeiterinnenzeitung" stark machte sondern auch als Mitbegründerin vom "Verein sozialdemokratischer Frauen und Mädchen". Zweiterer traf auf starken Widerstand bei den Genossen, da das allgemeine Männerwahlrecht für diese als drängender angesehen wurde. Der Kampf um das Frauenwahlrecht bekam erst nach dessen Einführung 1907 einen höheren Stellenwert.

Adelheid Popp wurde 1918 in den

Parteivorstand und in den Wiener Gemeinderat gewählt, um gleich im nächsten Jahr Abgeordnete zum Nationalrat zu werden. Dort setzte sie ihren Kampf für faire Bezahlung, das Recht auf gleiche Bildung und Themen rund um die Frauenfrage fort.

Neben ihrer journalistischen und politischen Tätigkeit verfasste sie auch einige Werke, unter anderem "Die Jugendgeschichte einer Arbeiterin", die ihre eigene Lebensgeschichte literarisch wiedergibt und die für viele junge Frauen ein Grund war, der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Frauenbewegung beizutreten.

1939 starb sie mit 70 Jahren und ging als eine Vorkämpferin in die Geschichte der sozialistischen Frauenbewegung ein. Durch Frauen wie sie ist in den sozialdemokratischen und sozialistischen Organisationen



Die sozialistische Aktivistin und Politikerin Adelheid Popp (1869-1939) in jungen Jahren

ein grundsätzliches Bewusstsein dafür entstanden, dass der Kampf für die Befreiung der Frau Teil des Kampfes für die Befreiung aller Menschen sein muss, doch: Dieser Kampf ist noch nicht geschlagen! Immer noch gilt es, Männerbündelei und Sexismus zu bekämpfen, aber Frauen wie Adelheid Popp geben uns Mut in unseren Kämpfen!

Miriam Bonaparte

SPÖ-Frauen gedenken

Die SPÖ-Frauen gedachten am 5. März im Zuge des Internationalen Frauentages bei einer Kranzniederlegung am Wiener Zentralfriedhof sozialdemokratischer Frauenpolitikerinnen: Rosa Jochmann, Hertha Firnberg, Johanna Dohnal, Barbara Prammer und Sabine Oberhauser.

uf die historische Bedeutung des diesjährigen Frauentages wies Gabriele Heinisch-Hosek in ihrer Rede hin. Vor hundert Jahren hatten Frauen erstmals das Recht zu wählen. Acht weibliche Abgeordnete zogen darauf in den Nationalrat ein, sieben davon waren Sozialdemokratinnen: Adelheid Popp, Anna Boschek, Emmy Freundlich, Gabriele Proft, Therese Schlesinger, Amalie Seidl und Maria Tusch. Damit war der Weg für Frauen in die Politik offen, die Hürden aber nach wie vor riesig.

"Niemals vergessen!" – Die Worte Rosa Jochmanns, Frauenvorsitzende und Vorsitzende der FreiheitskämpferInnen, die die Schrecken des Nationalsozialismus im Konzentrationslager Ravensbrück überlebte, sind auch heute noch für uns eine wichtige Mahnung. Hertha Firnberg war die erste Frau als Wissenschaftsministerin und engagierte sich als Frauenvorsitzende für gleiche Chancen und Rechte. Johanna Dohnal, Staatssekretärin unter Bruno Kreisky und erste Frauenministerin Österreichs erkämpfte für die Frauen in Österreich wichtige Errungenschaften wie die Fristenregelung, die Familienrechtsreform und das Gleichbehandlungsgesetz. Barbara Prammer, Frauenvorsitzende und Präsidentin des Nationalrates, war eine engagierte Feministin, Antifaschistin und Demokratin, die stets ihre Stimme gegen Rechtspopulismus und für Minderheiten erhob. Vor erst zwei Jahren mussten wir uns von Sabine Oberhauser verabschieden, die als Frauenministerin und Gesundheitsministerin viele Maßnahmen wie das später von Schwarz-Blau gekippte Rauchverbot in der Gastronomie auf den Weg gebracht hat. "Vor ihnen allen verneigen wir uns in tiefem Respekt. Sie sind für immer in unserem Herzen", so Heinisch-Hosek.

Am Gedenken nahmen unter anderen teil: Gabriele Heinisch-Hosek, Renate Brauner, Kathrin Gaál, Renate Anderl, Katharina Kucharowits, Klaudia Frieben, Andrea Brunner, Nicole Berger-Krotsch, Marina Hanke, Irmtraut Karlsson und Hertha Slabina. Der Kranz für Sabine Oberhauser wurde im Anschluss zum Hietzinger Friedhof gebracht.



voN laine

V.I.n.r.: Renate Anderl, Kathrin Gaál, Renate Brauner und Gabriele Heinisch-Hosek

25 Jahre Anerkennung der Roma als Volksgruppe

Mit einstimmigem Beschluss des Nationalrates vom 16. Dezember 1993 wurden die österreichischen Roma und Sintigruppen als "Volksgruppe der Roma" anerkannt. Am 5. September 1995 fand die konstituierende Sitzung des Volksgruppenbeirates der Roma statt. Andreas Sarközi berichtet über zwei Festakte anlässlich des 25-Jahre-Jubiläums.



Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures, Emmerich Gärtner-Horvath, Serdar Erdost, Christian Klippl, Hannah Lessing und Mercedes Echerer (v.l.)

m 20. November 2018 lud die Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures gemeinsam mit dem Kulturverein österreichischer Roma zu einer Festveranstaltung in die Räumlichkeiten des Palais Epstein. "Es ist mir eine große Freude, gemeinsam mit euch,

dem Kulturverein österreichischer Roma, so vielen Angehörigen der Volksgruppe und Wegbegleiterinnen und Wegbegleiter heute ein historisches Jubiläum zu feiern", begrüßte Doris Bures. Christian Klippl, Obmann des Kulturvereins österreichischer Roma, dankte der Gastgeberin für den festlichen Rahmen zur Jubiläumsveranstaltung. Er betonte, dass 25 Jahre eine lange Zeit seien, jedoch in seiner Wahrnehmung seien diese zwei Jahrzehnte schnell vergangen und manchmal scheine es ihm, als ob dieser für die Roma historische Tag erst vor kurzem gewesen sei.

Im Anschluss an die Ansprachen folgte eine Diskussionsrunde mit Gerhard Baumgartner, wissenschaftlicher Leiter des DÖW, Emmerich Gärtner-Horvath, Vorsitzender des Volksgruppenbeirats der Roma und Hannah Lessing, Generalsekretärin des Nationalfonds der Republik Österreich. Im Mittelpunkt der Gespräche standen dabei die namentliche Erfassung der im Nationalsozialismus ermordeten österreichischen Roma und Sinti, die Erinnerungskultur, der Erhalt der Sprache, dem Romanes, sowie die Vorreiterrolle Österreichs in der Roma-Volksgruppenpolitik.

Wie es zur Anerkennung kam, schildert Rudolf Sarközi im Buch "Roma - Österreichische Volksgruppe. Von der Verfolgung bis zur Anerkennung". Auszüge daraus las

die bekannte Schauspielerin Mercedes Echerer.

Matinee in der Hofburg

"Vielfalt und Verantwortung" - unter diesem Titel hatten Wolfgang Sobotka und Inge Posch-Gruska am 16. Dezember 2018 in den Großen Redoutensaal in der Hofburg geladen. Nach den Ansprachen des Nationalratspräsidenten und der Bundesratspräsidentin kamen Emmerich Gärtner-Horvath und Christian Klippl zu Wort. Im Gespräch mit Barbara Glück, Direktorin des Mauthausen Memorials, erläuterten die burgenländische Romni Manuela Horvath und der burgenländische Rom Stefan Horvath die Veränderungen im Alltag seit der Anerkennung. Den Festvortrag hielt Gerhard Baumgartner.

Für die Roma-Volksgruppe waren diese beiden würdevollen Veranstaltungen eine besondere Ehre und zeigten die Wertschätzung und den respektvollen Umgang der Republik Österreich mit den Angehörigen der Roma-Volksgruppe.

Die Kindertransporte 1938/39

Claus Michl-Atzmüller beleuchtet im folgenden Beitrag die Hintergründe und Umstände der sogenannten Kindertransporte von 1938 und 1939.

it der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Österreich nahm die Gewalt gegen Jüdinnen und Juden zu. Die jüdische Bevölkerung sah sich zunehmend einer physischen Bedrohung und Verfolgung mit dem Ziel der Vertreibung ausgesetzt. Viele sahen sich daher gezwungen, rasch aus Österreich zu emigrieren.

Bereits kurz nach dem "Anschluss" 1938 unterbreitete Reichsstatthalter Alfred Neumann einen



Ankunft eines Transports polnischer Kinder im Hafen von London (Februar 1939)

Bundesarchiv, Bild 183-S69279 / CC-BY-SA 3.0

umfassenden Plan zu Kindertransporten, wonach allein im Sommer 1938 etwa 8.000 Kinder und Jugendliche bei jüdischen Familien in Großbritannien, den Niederlanden, den USA, in skandinavischen Ländern und in einigen anderen Ländern unterkommen sollten.

Nachdem die Israelitische Kultusgemeinde unmittelbar nach dem "Anschluss" geschlossen wurde, wurde sie im Mai 1938 wiedereröffnet. Innerhalb der IKG wurde ein eigenes Büro für "Kinderauswanderung" eingerichtet, welches bei der Beschaffung von Papieren und bei der Recherche von Transportmöglichkeiten half. Die Auswahl der Kinder für mögliche Pflegefamilien erfolgte nach höchst oberflächlichen Kriterien. Die zukünftigen Pflegeltern wollten keine kranken, körperlich oder geistig behinderten Kinder. Die Eltern mussten einen Fragebogen ausfüllen, in denen sie über den Gesundheitszustand der Kinder, die religiöse Ausrichtung, die finanzielle Situation und etwaige Ausreisepläne der Familie Auskunft zu geben hatten.

Am 30. November 1938 fuhr der erste Zug mit 196 Kindern aus Berlin Richtung London. Großbritannien wurde Hauptzielland der Kindertransporte. Zuvor gestattete am 23. November das britische Foreign Office die Einreise jüdischer Kinder. Doch handelte auch die britische Regierung nicht uneigennützig. Eine Bedingung der britischen Regierung war, dass keine staatlichen Mittel beansprucht werden. In Großbritannien lebende Verwandte und Hilfsorganisationen mussten für jedes Kind eine Garantiesumme von 50 britischen Pfund (= ca. 1.500 Euro) aufbringen.

Am 10. Dezember 1938 verließ der erste und mit rund 500 Kinder größte Kindertransport Wien. Zwischen Ende November 1938 und dem Kriegsbeginn wurden etwa 10.000 jüdische Kinder aus Deutschland, Österreich, Polen und der Tschechoslowakei nach Großbritannien gerettet. Nach Kriegsende fanden nur wenige Kinder ihre Eltern wieder, die Eltern von mehr als 9.000 Kindertransport-Kindern wurden in Auschwitz, Theresienstadt und anderen Konzentrationslagern ermordet. Rund zwei Millionen jüdische Kinder wurden durch die Nationalsozialisten ermordet.

Das Gesicht zurückgegeben

Am oberen Ende der Parlamentsrampe, rechts vom Eingang in das Parlamentsgebäude, befindet sich seit März 1988 eine Gedenktafel für jene ehemaligen österreichischen Parlamentarier, die zwischen 1938 und 1945 vom nationalsozialistischen Terrorregime ermordet wurden.

abei handelt es sich um zwölf Mandatare aus vier verschiedenen Parteien: die Genossen Robert Danneberg, Anton Falle, Oskar Janicki, Otto Felix Kanitz, Karl Klimberger, Karl Knapp, Paul Schlesinger und Viktor Stein, die Christlichsozialen Richard Steidle (Tiroler Heimwehrführer) und Hans Sylvester (1934 - 1938 Landeshauptmann des Burgenlands), den Großdeutschen Hans Prodin-

ger sowie den Jüdisch-Nationalen Robert Stricker.

Die Website des Parlaments parlament.gv.at informiert über diese Personen und zeigt auch deren Portraits. Noch im Dezember 2018 fehlten die Fotos unserer Genossen Anton Falle, Otto Felix Kanitz, Karl Klimberger und Paul Schlesinger. Mein Ziel war, diesen Genossen ihr Gesicht auf der Homepage des Parlaments (wieder) zu geben. Also machte ich mich auf die Suche nach geeigneten Fotos. Otto Felix Kanitz war einfach, denn Gen. Heinz Weiss hat die Biografie über den ehemaligen Vorsitzenden der Sozialistischen Arbeiterjugend und Bundesrat verfasst (siehe Artikel unten), schnell war ein passendes Bild zur Hand. Anton Falle war ein verdienter Funktionär der Kärntner Sozialdemokratie und Nationalrat von 1921 - 1934. Unser Landesvorsitzender Vinzenz Jobst schickte Falles Foto.

Dank des Internetlexikons www. dasrotewien.at konnte ich die beiden noch fehlenden Portraits von Karl Klimberger, Präsident des Verbandes sozialdemokratischer Gewerbebetreibender und Kaufleute Österreichs und Nationalrat von 1927 - 1932, und Paul Schlesinger, Sekretär des Österreichischen Metallarbeiterverbandes und Nationalrat von 1926 -1934, im DÖW ausfindig machen. Das Büro von Präsidentin Doris Bures hat schließlich alle vier Bilder an die zuständige Fachabteilung im Hohen Haus weitergeleitet. Allen Beteiligten gilt der Dank, dass vier Genossen, die von den Nazis ermordet wurden, ihr Gesicht wiedergeben wurde. Wir werden sie niemals ver-Gerald Netzl gessen!









Nun mit Bild auf der Website des Parlaments vertreten: Anton Falle, Otto Felix Kanitz, Karl Klimberger und Paul Schlesinger

Kanitz: Kinderfreunde Wien, Falle: Archiv der Kärntner Arbeiterbewegung, Klimberger und Schlesinger: DÖW

Otto Felix Kanitz - Reformpädagoge, Jugendpolitiker und Märtyrer

Bruno Kreisky bezeichnete ihn einmal als großes politisches Talent, der zum Beispiel mit genialen Einfällen den Wahlkampf der SDAP im Jahre 1932 gestaltete. Am 5. Februar 1894 wurde Otto Felix Kanitz geboren. Heinz Weiss erinnert an seinen 125. Geburtstag.

rste Erfahrungen in der Arbeit mit Kindern zeigen sein päda-■gogisches Talent, so dass er nach seiner Militärzeit bereits im Sommer 1919 als Leiter der ersten Kinderrepublik der Kinderfreunde in Gmünd eingesetzt wird. Ende August 1919 fährt Kanitz mit 100 Kindern nach Wien, wo Vizebürgermeister Max Winter als Reichsobmann der Kinderfreunde im Schloss Schönbrunn ein Kinderheim einrichtet. Kanitz fällt die Aufgabe zu, dort eine Ausbildungsstätte einzurichten, die Schönbrunner Erzieherschule. Beutende WissenschafterInnen und PädagogInnen werden als Vortragende gewonnen.

Kanitz hat inzwischen das Studium der Psychologie beendet. Bei den Kinderfreunden wird er mit wichtigen pädagogischen Aufgaben betraut und trägt mit einem Grundsatzreferat dazu bei, die Bewegung von der Fürsorgezur Erziehungsorganisation umzugestalten. Mit der Fachzeitschrift "Die Sozialistische Erziehung" entsteht unter seiner Ägide ein Sprachrohr der gesamten Bewegung. Seine Bücher erregen nicht nur in Österreich Beachtung, sondern werden auch in Deutschland und der deutschsprachigen Tschechoslowakei gelesen. In den 1970er Jahren werden seine Schriften in Deutschland in hoher Auflage in der Epoche der "antiautoritären Erziehung" wieder aufgelegt.

Schon als Lehrling nimmt er an Demonstrationen gegen die Sonntags-Berufsschule teil, engagiert sich in der Sozialistischen Arbeiterjugend und ist Wahlhelfer für Max Winter. In den späten 1920er Jahren wird er Wiener Obmann und schließlich Verbandsobmann der Sozialistischen Arbeiter-Jugend (SAJ). Das größte Ereignis dieser Zeit ist wohl das internationale sozialistische Jugendtreffen mit 50.000 TeilnehmerInnen 12. - 14. Juli 1929 in Wien, das von Kanitz organisiert wird. Er arbeitet in der Sozialistischen Erziehungsinternationale und später in der Sozialistischen Jugendinternationale, spricht in Deutschland immer wieder bei Großkundgebungen gegen die Nazis.



Nach den Gemeinderatswahlen 1932 in Wien für die er Wahlcouplets für die "Blauen Blusen" schrieb und Aufführungen organisierte, wird er in den Bundesrat entsandt. Kanitz war für die politische Arbeit im Republikanischen Schutzbund verantwortlich und flüchtet nach dem 12. Februar 1934 nach Brünn. Nach seiner Rückkehr erlebt er bald die Okkupation Österreichs durch die Hitlertruppen. Er wird von der Gestapo verhaftet und am 27. März 1940 im Konzentrationslager Buchenwald ermordet. Wir werden ihn niemals ver-Heinz Weiss

Mauthausen Komitee Steyr gedenkt den Freiheitskämpfern

Genosse Helmut Edelmayr berichtet über eine Gedenktafel, die am 12. Februar 2019 auf Initiative des Mauthausen Komitee Steyr zu Ehren der Verteidiger der Demokratie in der Justizanstalt Garsten enthüllt wurde.

eben dem Anstaltsleiter Brigadier Derflinger hielten der stellvertretende Leiter des Strafvollzuges im Justizministerium Wolfgang Moravec und Nationalrat Markus Vogl als Bezirksparteivorsitzender der SPÖ Steyr eine Ansprache. In seiner Gedenkrede verwies Steyrs Komitee-Vorsitzender Karl Ramsmaier einleitend auf die Entwicklungen nach dem Korneuburger Eid der Heimwehr vom 18. Mai 1930 sowie auf die Lebensverhältnisse, die in Österreich und in Steyr durch Not, Arbeitslosigkeit, Armut und Elend der Arbeiterschaft geprägt waren.

"Von 400 - 500 hungernden Schutzbündlern hatten überhaupt nur 180 Waffen und standen 1.200 Exekutivkräften gegenüber", so Ramsmaier. Im Gefechtsbericht des Bundesheeres hieß es, dass 500 bis 800 Schützbündler festgenommen wurden. Der Gendarmerieposten wurde aus Sicherheitsgründen in die Strafanstalt Garsten verlegt. Die Gemeindewachmänner waren mit Waffen der Strafanstalt ausgerüstet worden.

Heimwehrführer Starhemberg wagte sich mit der Heimwehr erst nach Beendigung der Kampfhandlungen in die Stadt Steyr. Ein 16-jähriger Heimwehrmann aus Melk erschoss noch am 14. Februar in der Arbeiterstraße in Steyr den Schützbündler Heinrich Maurer. Auf Seiten des Schutzbundes gab es 11 Tote, 24 Schwerverletzte und etwa 100 Leichtverletzte. Die Exekutive hatte 5 Tote und 10 Schwerverletzte zu beklagen

Mit der Hinrichtung des junges Schlossers Josef Ahrer am 17. Februar 1934 sollte ein Exempel statuiert werden, sozusagen als Racheakt für den Aufstand. Josef Ahrer war, wie später nachgewiesen werden konnte, aufgrund falscher Zeugenaussagen unschuldig gehängt worden. 600 Arbeiter der Steyr-Werke, die verdächtigt wurden am Februaraufstand teilgenommen zu haben, wurden entlassen.

Aus heutiger Sicht ist unbestritten, dass die politische Herrschaftsform der Jahre 1934 bis März 1938 in Österreich als Diktatur zu bezeichnen ist. Bei den Ereignissen des 12. Februar 1934 ging es um die Verteidigung und den Erhalt der Demokratie, so der Linzer Historiker und Universitätsprofessor Michael John.

In seiner "Orientierung für heute" sagte Ramsmaier, Geschichte wiederhole sich zwar nicht eins zu eins, feststellbar sei aber, dass in ganz Europa schleichend Demokratien unterwandert und ausgehöhlt werden. Es sind Kräfte am Werk, die an einer fundamentalen Veränderung der Demokratien in Richtung autoritärer Systeme arbeiten.



Gedenktafel in der Justizanstalt Garsten bei Steyr

Die Frage des Widerstandes gegen eine autoritäre und menschenverachtende Politik wird uns in den nächsten Jahren vermehrt beschäftigen müssen. Wann ist Widerstand legitim und mit welchen Mitteln?

Die Kämpfer des 12. Februar 1934 waren Kämpfer gegen Diktatur und Austrofaschismus. Die Kämpfer des 12. Februar 1934 waren Kämpfer für Demokratie und soziale Werte. Ihr Widerstand soll uns in Erinnerung bleiben. Ihr Widerstand kann uns Orientierung geben für heute.

Oberösterreich: Prominente fordern Kampf gegen Rechtsextremismus



Alt-Bundeskanzler Franz Vranitzky unterstützt den dringenden Appell an die oberösterreichische Landesregierung, endlich etwas gegen den Rechtsextremismus im Bundesland zu unternehmen.

n einem Offenen Brief wandten sich zu Beginn des Jahres 91 Persönlichkeiten – darunter etwa Altkanzler Franz Vranitzky, Elfriede Jelinek und Christian Konrad – an Landeshauptmann Thomas Stelzer: Sie verweisen darauf, dass in Oberösterreich seit Jahren die meisten rechtsextremen Straftaten aller Bundesländer begangen werden und die oberösterreichische Landesregierung dabei einfach wegsehe. Die UnterzeichnerInnen verlangen Maßnahmen, um diese Hasskriminalität sowie andere rechtsextreme Aktivitäten endlich wirksam zu bekämpfen.

In dem Brief heißt es unter anderem: "[...] Unter allen Bundesländern weist Oberösterreich seit Jahren die meisten rechtsextremen Straftaten auf. Von 2014 auf 2017 ist die Zahl von 109 auf 192 gestiegen – also um 76 Prozent. Für 2018 gibt es noch keine Zahl, doch wird wieder eine Steigerung erwartet. [...] Von einer wirksamen Be-

kämpfung der besonders vielen rechtsextremen Straftaten in Oberösterreich kann leider keine Rede sein. Gerade in jenem Bundesland, in dem sich die KZ-Gedenkstätte Mauthausen befindet, müsste die politische Führung reagieren und ihre demokratische Verantwortung wahrnehmen. [...]"

Weiters machten die UnterzeichnerInnen darauf aufmerksam, dass im November 2018 ein entsprechender Antrag, der auf das massive Problem in Oberösterreich hinwies, einfach von ÖVP und FPÖ niedergestimmt wurde.

Der Brief schließt mit einem Appell: "Wir Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieses Offenen Briefes richten an Sie den dringenden Appell, den Worten nun Taten folgen zu lassen: Sorgen Sie bitte für eine wirksame Bekämpfung der vielen rechtsextremen Straftaten und anderer rechtsextremer Aktivitäten in Oberösterreich."

Das Leben und Denken von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht: Teil 2

Kriegskredit gestimmt, weil dieser

im Haushalt integriert war und

an mehreren Parteitagen beschlos-

sen wurde, gegen den Haushalt zu

stimmen. Beim Kriegskredit vom

20. August 1915 war Liebknecht

jedoch wieder die einzige Nein-

Die vehemente Opposition um

nannte sich nach ihrer 1915 be-

gonnenen und sofort verbotenen

Zeitschrift Gruppe Internationale.

Trotz Einzug zum Militär gelang

es ihm die Gruppe Internationale

und Luxemburg

Liebknecht

Der zweite Teil unseres Schwerpunktes zu Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht umfasst die Zeit des Ersten Weltkrieges, der Revolution in Deutschland sowie die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Teil 1 ist im Heft 4/2018 erschienen.

m Jahre 1913 rief Rosa Luxemburg bei einer Kundgebung in Frankfurt am Main zur Kriegsdienstverweigerung auf. Auf Basis dieses Aufrufs wurde gegen sie am 20. Februar 1914 Anklage wegen "Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze und gegen Anordnungen der Obrigkeit" erhoben. Rosa Luxemburg wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Am 29. und 30. Juli 1914 nahm sie an einer Sitzung des internationalen sozialistischen Büros teil, welche für sie mit einer großen Ernüchterung endete. Der Nationalismus sei auch in den sozialistischen Parteien stärker verankert als die internationale Solidarität.

Im Februar 1915 wurde das Gerichtsurteil des Jahres 1914 vollstreckt und Rosa Luxemburg wurde im Frauengefängnis Berlin inhaftiert. Im Juli 1915 wurde ein Verfahren wegen Hochund Landesverrates in Düsseldorf gegen sie eröffnet. Obwohl sie im

Jahre 1916 aus dem Frauengefängnis entlassen wurde, begann am 10. Juli des Jahres 1916 die Sicherheitsverwahrung, die bis zum November 1918 dauerte. Dabei wurde sie zweimal verlegt, zuerst in die Festung Wronke in der Provinz Posen, dann nach Breslau.

Endgültig zur Ikone der ArbeiterInnenbewegung wurde Karl Liebknecht nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges durch seine konsequente Ablehnung der Kriegskredite. Als am 3. August 1914 die Mehrheit der SPD-Fraktion (78 gegen 14) für eine Zustimmung zu den Kriegskrediten war, zeigte wirken.

Vor der Abstimmung zum zwei-

sich Liebknecht überrascht, wollte jedoch mit der Partei nicht brechen und stimmte aus Fraktionsdisziplin am nächsten Tag im Reichstag für den Kriegskredit. Doch entfaltete Liebknecht eine lebhafte Kampagne, um eine Kurskorrektur zu be-

Die Beisetzung von Rosa Luxemburg am 13. Juni 1919

ten Kriegskredit versuchte Liebknecht vergeblich Mitstreiter für ein Nein im Plenum zu gewinnen. So stimmte er am 2. Dezember 1914 als Einziger mit Nein. Die Behörden zogen den Schluss, ihn unschädlich zu machen und deshalb wurde Liebknecht am 7. Februar 1915 zum Militär eingezogen. Wenn Parlamentssitzungen stattfanden, die jedoch im Krieg seltener abgehalten wurden, es herrschte "Burgfrieden", durfte er zurück nach Berlin.

Im März 1915 hatte Otto Rühle mit Liebknecht gegen den dritten

reichsweit um entschiedene Kriegsgegner in der SPD zu vergrößern. Am 1. Jänner 1916 ging daraus die Spartakusgruppe hervor, die nach der Loslösung von der Sozialdemokratie im November 1918 zum Spartakusbund umbenannt wurde.

Wegen seiner konsequenten Haltung gegen die Kriegskredite wurde Liebknecht am 12. Jänner 1916 aus der SPD-Fraktion ausgeschlossen.

Nach dem 1. Mai 1916 wurde Liebknecht verhaftet und im August 1916 zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Die politischen Umbrüche am Ende des Ersten Weltkrieges führten zu seiner Freilassung. Am 9. November 1918 rief er vom Balkon des Berliner Schlosses die "Sozialistische Republik" aus. Er forderte die Massen dazu auf, die Regierung unter dem Sozialdemokraten Friedrich Ebert nicht zu unterstützen und die Revolution fortzuführen.

Um die Jahreswende 1918/1919 zählten Karl Liebknecht und die am 9. November 1918 aus der Haft in Breslau entlassenen Rosa Luxemburg zu den Gründern der KPD

> (Kommunistische Partei Deutschlands). Luxemburg arbeitete nach ihrer Entlassung aus der Haft als Redakteurin der "Roten Fahne", die Zeitung des Spartakusbundes und sprach sich für eine Räteregierung aus.

Im Jänner 1919 eskalierten wenige Tage vor der Wahl zur Nationalversammlung in der Reichshauptstadt Massendemonstrationen zum offenen BürgerInnenkrieg, der von Regierungstruppen niedergeschlagen wurde. Kurz nach der blutigen Niederschlagung verhafteten am 15. Jänner 1919 in Berlin Freikorpssoldaten der Garde-Kavallerie-

Schützen-Division die untergetauchten Führer des Spartakusbundes Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Einen Haftbefehl gab es keinen. Sie verschleppten beide in das Hauptquartier des Freikorps im Hotel Eden und verhörten sie unter schweren Misshandlungen. Anschließend erschossen sie Karl Liebknecht im Tiergarten mit drei Schüssen aus nächster Nähe. Luxemburg wurde ebenfalls heimtückisch ermordet. Ihre Leiche wurde in den Landwehrkanal geworfen, wo sie erst Ende Mai 1919 gefunden wurde.

Claus Michl-Atzmüller

Die Gestapo-Leitstelle Wien

Elisabeth Boeckl-Klamper, Thomas Mang und Wolfgang Neugebauer haben eine ausführliche Darstellung zur Gestapo-Leitstelle Wien vorgelegt.

Claus Michl-Atzmüller hat das Werk gelesen und eine Rezension für den "Kämpfer" verfasst.

ie Gestapo Wien wurde im März 1938 gegründet. Ihr offizieller Name war: "Geheime Staatspolizei – Staatspolizeileitstelle Wien". Die Gestapo-Leitstelle Wien, die im beschlagnahmten Hotel Metropole am Morzinplatz untergebracht war, war nach der Zentrale in Berlin die größte Gestapo-Dienstleitstelle des Deutschen Reiches. Sie beschäftigte rund 900 Mitarbeiter und war für ein Gebiet von 24.000 km² und 3,6 Millionen Menschen zuständig.

Die Gestapo-Leitstelle Wien nahm ihre Entwicklung aus den bereits ausgeprägten und voll ausgebildeten Organisations- und Personalstrukturen der Gestapo des Deutschen Reiches. Daher bekleideten zunächst Beamte aus dem "Altreich" die Spitzenpositionen in der neugeschaffenen Leitstelle in Wien. Die Implementierung der Gestapo-Leitstelle in Wien kannte jedoch ein starke "österreichische" Komponente aus Polizeibeamten, die wegen NS-Betätigung nach Deutschland geflüchtet waren und "illegalen" Nationalsozialisten. Sie hatten schon vor dem Anschluss Berlin systematisch mit Informationen und Unterlagen versorgt.

In Österreich wurde als erstem Land außerhalb des Deutschen Reiches ein neuer Polizeiapparat auf Basis der reichsdeutschen Organisationsstrukturen aufgebaut. Diese Erfahrungen dienten den Verantwortlichen in den Berliner Zentralstellen (Himmler, Heydrich, Müller) bei der Ausweitung des NS-Terrorsystems auf andere Länder. Die überproportionale Ausstattung der Gestapo-Leitstelle Wien mit Juristen ist auffällig und bemerkenswert.

Das Buch besteht aus 15 inhaltlichen Kapiteln (exklusive Einleitung und Resümee), dessen Ziel es ist, unter Einbeziehung des internationalen Forschungsstandes und der in- und ausländischen Archiven eine umfangreiche Darstellung der Gestapo-Leitstelle zu liefern.

Am Beginn des Buches wird die Entwicklung der Gestapo zum zentralen Instrument des NS-Repressionssystem aufgezeigt. Das Werk legt einen Schwerpunkt auf die verbrecherischen Methoden der Gestapo Wien. Dabei steht die systematische Folterung der Festgenommenen zwecks Erzwingung von Geständnissen, KZ-Einweisungen und dergleichen im Vordergrund, wobei dem Einsatz von V-Leuten (Spitzeln) ein ausführliches Kapitel gewidmet ist.

Ein weiteres zentrales Kapitel behandelt die Opfer der Gestapo, in dem die wichtigsten Kategorien der von der Gestapo verfolgten Menschen

herausgearbeitet werden: politische und religiöse Widerstandskämpfer und Widerstandskämpferinnen, Jüdinnen und Juden, oppositionelle Jugendliche, als asozial eingestufte Menschen und ausländische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Der in vielen Publikationen unterschätzte Anteil der Gestapo an der Judenverfolgung erfährt in diesem Werk eine angemessene Darstellung.

Die Gestapo-Leitstelle Wien hatte einen täglichen "Parteienverkehr" von 450-500 Personen. Die meisten wurden zwecks Zeugeneinvernahme respektive Verwarnung vorgeladen. In der Leitstelle Wien wurden rund 40.000 bis 50.000 Menschen karteimäßig erfasst.

Die Schlusskapitel behandeln den Anteil der Gestapo an den Verbrechen, die in der Endphase des Zweiten Weltkrieges im NS-System begangen wurden. Gerade in der Phase des Zusammenbruches der NS-Herrschaft versuchten Verantwortlichen der Gestapo-Wien, die Spuren ihrer Verbrechen verdecken, indem sie den Aktenbestand der Leitstelle vernichteten, was fast zur Gänze gelang. Doch ist der Großteil der Tagesberichte der Leitstelle erhalten geblieben, sich für die historische Forschung als Glücksfall erweist. Letztlich der Umgang der österreichischen deutschen Iustiz bzw. der Entnazifizierungsbehörden mit den Verbrechen Gestapo kritisch betrachtet.

Dieses Buch konnte nicht alle Aspekte der Gestapo-Leitstelle ausreichend beleuchten. Das soll kein Vorwurf sein, sondern ein Auftrag für zukünftige Forschungsarbeiten. Dieses Werk wurde durch eine großzügige Förderung des Zukunftsfonds ermöglicht. Das DÖW stand tatkräftig zur Seite. Es ist kein Zufall, dass dieses Buch in der Edition Steinbauer veröffentlicht wurde, denn der Verleger Heribert Steinbauer musste als Kind Hausdurchsuchungen der Gestapo bei seinem Vater miterleben. Er gab den Anstoß für diese Publikation.

Eine eindrucksvoll lesenswerte Publikation, die für die Geschichte Österreichs im Nationalsozialismus ausgesprochen notwendig ist.



Elisabeth Boeckl-Klamper, Thomas Mang und Wolfgang Neugebauer: **Gestapo-Leitstelle Wien 1938–1945.** Edition Steinbauer, 2018, ISBN: 978-3-902494-83-2, 496 Seiten, Edition Steinbauer

Der erste Massentransport nach Dachau

m Morgen des 12. März 1938 überschritten die ers-Wehrmachtsverbände die österreichische Grenze. Bereits einige Stunden zuvor waren - nach der nationalsozialistischen Machtübernahme am Vorabend – deutsche Polizeikräfte unter der Führung von Reichsführer SS Himmler in Wien gelandet. Zu deren ersten Aufgaben gehörte die Verhaftung von prominenten NS-GegnerInnen: Mitglieder und hohe Beamte der Regierung Schuschnigg, Angehörige der illegalen ArbeiterInnenbewegung, Geschäftsleute und KünstlerInnen. Bis Monatsende wurde eine Liste von 150 Personen zusammengestellt, diese im Polizeigefangenhaus Rossauerlände konzentriert und am

Abend des 14. April vom Wiener Westbahnhof nach Dachau abtransportiert.

In einer von der Arbeitsgemeinschaft der NS-Opfer-Verbände und WiderstandskämpferInnen im Jahre 2008 herausgegebenen Broschüre von Wolfgang Neugebauer und Peter Schwarz wurde der erste Österreichertransport nach Dachau historisch kontextualisiert. In weiterer Folge recherchierte das DÖW zu den Häftlingen biografische Eckdaten und veröffentlichte diese auf seiner Website. Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft erstellten Claudia Kuretsidis-Haider und Rudolf Leo darauf aufbauend Biogramme aller Häftlinge dieses ersten Massentransportes von Österreichern in ein Konzentrationslager. Mit Focus auch auf die Zeit vor 1938 und nach 1945 werden die Lebensgeschichten der Betroffenen anschaulich dargestellt und die Bandbreite ihres weltanschaulichen Hintergrundes sichtbar gemacht. Zu vielen Personen konnten Bilder ausfindig gemacht, ihnen somit ein "Gesicht" gegeben werden. Dazu kommen Zitate aus der zahlreich erschienenen Erinnerungsliteratur, um die Perspektive der Betroffenen aus eigener Darstellung näherzubringen.



Claudia Kuretsidis-Haider und Rudolf Leo:

"dachaureif". Der Österreichertransport aus Wien in das Konzentrationslager Dachau am 1. April 1938. Biografische Skizzen der Opfer. DÖW, Wien, 2019, ISBN: 978-3-901142-75-8, 344 Seiten, € 25,00.

ONLINE-BUCH: Ravensbrück 70 + 1 Jahr

nde 2018 erschienen vier wert-■ volle online-Publikationen "70 ■+ 1 Jahr" der Österreichischen Lagergemeinschaft Ravensbrück & FreundInnen (ÖLGR). Teil 1 fragt "Was ist aktuell los in der Ravensbrück-Forschung?" Teil 2, "Österreichische Lagergemeinschaft Ravensbrück - Die ersten Jahre", widmet sich in Texten und audio-/ visuellen Beiträgen den Anfängen der 1947 von Überlebenden gegründeten Vereinigung. Eine Hörreise mit Interviewausschnitten bietet Einblicke in die Umstände, mit denen die Frauen nach der Rückkehr aus dem Lager konfrontiert waren. Gründungsmitglieder

der ÖLGR diskutieren in Videoausschnitten von 1999 über die Motive des Zusammenschlusses nach Kriegsende, über erreichte Ziele, und auch über Vorstellungen, die nicht erfüllt werden konnten. Ein weiterer Abschnitt beschäftigt sich mit dem Kampf der Frauen um Verurteilung der NS-Verbrechen.

In Teil 3 geht es um die letzten gut zwei Jahrzehnte des Vereins, in denen Frauen und einige wenige Männer der nachfolgenden Generation sich gemeinsam mit den Überlebenden engagierten. Diese Zusammenarbeit ermöglichte im Jahr 2005 eine Übergabe der Vereinsagenden. Zu den Herausforderungen gehört auch die Frage nach zeitgemäßen Formen des Gedenkens und Erinnerns, nach dem Vermächtnis für ein weiteres zeitgeschichtliches Engagement ohne Zeitzeuginnen sowie der Blick auf die heute aktuellen politischen Entwicklungen, gegen die es – im Sinne der Ravensbrück-Überlebenden – aufzubegehren gilt.

Ausgabe 4 behandelt die Frage der Weitergabe von Erinnerung. Welche Tradierungsmuster herrschen in den Familien von KZ-Überlebenden vor? Wie beeinflusst diese Familiengeschichte das Leben der Nachkommen?



Die Publikationen können unter www.ravensbrueck.at/70plus1jahr heruntergeladen werden

Graphic Novel Mauthausen

twa siebentausend republikanische Spanier wurden ab 1941 nach Mauthausen deportiert, wo sie den blauen Winkel tragen mussten. Etwa 4.200 von ihnen hat die SS ermordet. Ein Überlebender, Paco Aura, hält sich treu an den Schwur, den er gemeinsam mit den anderen Überlebenden geleistet hat: Niemals würden sie es zulassen, dass ihre Erlebnisse in Vergessenheit geraten. Selbst in hohem Alter organisierte er noch Konferenzen und Vorträge. Aus seinen Erinnerungen heraus spricht er über die Verfolgungen der spanischen Republikaner nach der Niederlage gegen Franco. Er erzählt vom Überqueren der Grenze, von den Flüchtlingslagern, von der Zwangsarbeit an der Maginot-Linie und vom Fluchtversuch in die Schweiz. Aber nichts, noch nicht einmal die harten

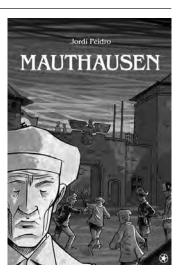
Erfahrungen auf dem Schlachtfeld, konnte ihn auf das vorbereiten, was noch kommen würde: Mauthausen.

Der kleine Wiener Verlag bahoe books ist auf die Herausgabe von Grafic Novels, also anspruchsvollen Comics, mit oft zeitgeschichtlichem Inhalt spezialisiert. Diese Buchform ist gerade bei Jugendlichen beliebt. Wie bei den anderen Titeln ist auch beim vorliegenden die Umsetzung gut gelungen.

Jordi Peidro:

Mauthausen.

Bahoe books, Wien, 2018, ISBN: 978-3-903022-88-1, 200 Seiten, € 19,00.



Die Wiener Austria in der Nazizeit

Genosse Simon Müllauer hat das im Gedenkjahr 2018 veröffentlichte Buch "Ein Fußballverein aus Wien - Der FK Austria im Nationalsozialismus" gelesen. Obwohl vom Verein unterstützt, ist es wichtig zu betonen, dass die wissenschaftliche Aufarbeitung dieses Thema von unabhängigen Historikern vorgenommen wurde.

sport und erreichte teilweise ein breiteres Publikum als heute. Die Geschichte der Wiener Fußballvereine und deren Verhältnis gegenüber den Nazis ist deshalb nicht nur aus sportlicher, sondern auch aus historischer und politischer Sicht interessant.

Der Fußball und die Spieler konnten die öffentliche Meinung extrem beeinflussen. Man denke nur an das große "Anschlussspiel" oder andere propagandistische Schachzüge. Kritisch muss man betrachten, dass sich die Wiener Fußballstars zum großen Teil mit dem Nazi Regime arrangierten. So wird auch in dem vorliegenden Buch mit vielen Mythen aufgeräumt, die noch immer im Volksmund kursieren. Diese Mythen wurden nach Ende des Zweiten Weltkrieges gerne gepflegt, da sie dem Bild von Österreich als reinem Opfer des Nationalsozialismus entsprachen.

Bei der Austria zeigten sich 1938 schnell extreme Gegensätze: Der Vorstand, komplett aus Juden bestehend (als bekanntes Beispiel kann hier Präsident Michael Schwarz genannt werden), wurde vertrieben und verjagt. Genauso verjagt und in Jugoslawien von den Nazis getötet wurde Manager Robert Lang. Die Mannschaft blieb am Anfang jedoch unverändert. Mittelfeldspieler Hans Mock etwa war SA-Mann. Alleine dieses Beispiel spiegelt ganz gut die Vielfalt wider, mit der man die Austria in dieser Zeit beurteilen muss. Einerseits als Opfer, andererseits als Täter und Mitläufer. Die Veilchen wurden also nach der Vertreibung des Vorstandes vom "Judenverein" zu einem "normalen" Verein. Das war den Nazis nur recht, denn so konnte man die früheren Erfolge der Austria noch immer in die Propaganda einfließen lassen und dabei behaupten, dass man die Wiener Fußballkultur ohnehin leben lassen wolle. Auch mit der Person Matthias Sindelars wird sich in diesem Buch logischerweise viel beschäftigt. Später als Held des Widerstands verklärt, wird der Star des Wiener Fußballspiels in diesem Buch kritisch beleuchtet. Viele positive Legenden und Mythen rund um Sindelar sind nicht beweisbar, belastend ist natürlich die Arisierung eines Kaffeehauses.

Dieses Buch war längst überfällig und wird auch dem Verein guttun, da man sich jetzt in dieser Zeit besser einordnen kann. Auch zum Verständnis rund um den "Anschluss" trägt das Buch bei, da der Fußball eine wichtige gesellschaftliche Rolle spielte und hier sehr viel Einfluss genommen hat.



öhla

Bernhard Hachleitner, Matthias Marschik, Rudolf Müllner und Johann Skocek:

Ein Fußballverein aus Wien. Der FK Austria im Nationalsozialismus 1938–1945. Böhlau Verlag, Wien, 2018, ISBN: 978-3-205-20781-8, 311 Seiten, € 30,00.

Nieder mit Hitler! Oder warum Karl kein Radfahrer sein wollte

Genosse Franz Mock hat für den "Kämpfer" eine im Berliner avant-Verlag erschienene Graphic Novel gelesen, die sich mit dem Leben und Überleben des Widerstandskämpfers Karl Metzner befasst.

Piötzlich werden Karl und seine Freunde von der Gestapo verhaftet. Vor Gericht wird ihnen die Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens zur Last gelegt. Dabei sind sie keine militärisch oder politisch erfahrenen Widerstandskämpfer. Die fünf Angeklagten sind Jugendliche und kennen sich aus der Schule. Ihr todesmutiger Plan, Hitler zu stürzen, ist gescheitert.

Es ist 1943, als sie damit beginnen, Flugblätter zu verteilen und antinazistische Parolen an Wände zu schreiben. Der Krieg ist für das Deutsche Reich längst verloren, nimmt jedoch kein Ende. Der Bruder von Jochen, einem der Protagonisten, ist an der Front gefallen. Sie beschließen, den Gräueltaten ein Ende zu setzen. Von Mitschülern verraten, können sie der Todesstra-

fe durch ein positives Gutachten ihres Lehrers – der jedoch selbst Mitglied der NSDAP ist – gerade noch entgehen. Nach einer abgesessenen Haftstrafe muss Karl an die Front und lernt die die abscheuliche Fratze des Krieges mit eigenen Augen kennen.

20 Jahre später ist Karl erwachsen und evangelischer Pfarrer. Der Krieg ist vorbei, jedoch findet sich Karl als DDR-Bürger abermals in einem undemokratischen Staat wieder. Als Geistlicher und späterer Mitbegründer der ostdeutschen Friedensbewegung ist er dem Ministerium für Staatssicherheit ein Dorn im Auge. So kommt es, dass Karl nach einem Besuch in Berlin von einem Mitarbeiter der Stasi am Bahnhof aufgehalten und vor eine schwere Entscheidung gestellt wird.

Lange wurden Graphic Novels vom Literaturbetrieb vernachlässigt und als "bessere Comics" abgestempelt. Werke wie "Nieder mit Hitler! Oder warum Karl kein Radfahrer sein wollte" beweisen dabei nicht nur das Gegenteil, sondern sind gerade für junge LeserInnen als Einstieg in die Thematik oder Sensibilisierung gut geeignet. Hinzu kommt, dass die Geschichte von Karl und seinen Freunden auf einer wahren Begebenheit beruht. Immer wieder konnten sich Texter Jochen Voit und Illustrator Hamed Eshrat an Karl Metzner persönlich wenden, der als Protagonist und letzter Überlebender der Widerstandsgruppe den Autoren beratend zur Seite stand.

Das Buch macht Mut, selbst im kleinen Rahmen etwas Gutes zu tun und gegen Ungerechtigkeiten zu kämpfen. Im Gefängnis erhält Karl den Rat, sich im menschenverachtenden Regime des Nationalsozialismus wie ein Radfahrer zu verhalten. Doch Karl entscheidet sich stets dazu, keiner zu sein: Er möchte nicht nach oben buckeln und nach unten treten.



Jochen Voit und Hamed Eshrat: Nieder mit Hitler! Oder warum Karl kein Radfahrer sein wollte. avant-verlag, Berlin, 2018, ISBN: 978-3-945034-98-9, 152 Seiten, € 20,00.

Ausstellung: Die vergessene Revolution

Claus Michl-Atzmüller hat sich zur 1848er-Revolution eine Ausstellung und den dazugehörigen Ausstellungskatalog des Vereins zur Geschichte der ArbeiterInnenbewegung (VGA) angesehen und die Geschäftsführerin Michaela Maier dazu befragt.

m Gedenkjahr 2018 stellte ein Projekt den Anspruch, zentrale – für die österreichische Geschichte einschneidende – Ereignisse des Jahres 1848 in die kollektive Erinnerung zurückzurufen. In einem würdigen Rahmen soll an den Anfangspunkt und der Entstehung unserer modernen und demokratischen Gesellschaft gedacht werden. Im Mittelpunkt der Betrachtungen steht eine Revolution, welche aus dem kollektiven Gedächtnis nahezu verschwunden scheint.

Der Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung erarbeitete in Kooperation mit dem Österreichischen Staatsarchiv und dem Haus der Geschichte im Museum Niederösterreich eine Ausstellung. Die Schau über das Revolutionsjahr fand ihren Ausgang an jenem Ort, wo die Ereignisse der Revolution ihren Lauf nahmen: im Hof des ehemaligen Landhauses der niederösterreichischen Stände, vor seinen Toren gab es die ersten Toten der Revolution.

Der hervorragend konzipierte Ausstellungskatalog kennt daher zwei Kapitel über die Arbeiterinnen und Arbeiter und über Frauen, die eine Erwähnung verdienen. Sie widerspiegeln eine gesellschaftliche und politische Entwicklung, die letztlich spätestens ab dem Ende des Ersten Weltkrieges ihre Verwirklichung und Umsetzung finden sollte. Eine Entwicklung, die jedoch stark in Gefahr ist.



Unter 1848.vga.at kann in Kürze die virtuelle Ausstellung zum Thema besucht werden.

Am 28.11.2018 hatte ich die Gelegenheit mit Michaela Maier, Geschäftsführerin des Vereins für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung, ein Gespräch zu führen. Die wesentlichsten Passagen sollen in dieser Ausgabe ihre Veröffentlichung finden.

Der Titel der Ausstellung wie des Ausstellungskatalogs lautet: "Die vergessene Revolution". Warum "vergessen"? Warum glauben Sie, dass die Revolution von 1848 in Vergessenheit geraten ist?

In den Schulen spielt das Revolutionsjahr nur eine periphere Rolle. Ab den 1890er Jahren bis zum Ende der 1. Republik strömten tausende von Arbeitern zum Obelisken, der heute am Zentralfriedhof steht. Die Märzfeiern stellten in der Sozialdemokratie nach dem 1. Mai den zweithöchsten Feiertag dar, der jedoch nach 1945 in Vergessenheit geriet. Die erste Märzbroschüre entstand 1898. Bis zum Ende der Ersten Republik fanden Märzfeiern mit tausenden von Menschen statt. 1948 wurde noch einmal eine Märzbroschüre verfasst. Danach lassen sich keine Feierlichkeiten zum Revolutionsjahr mehr feststellen.

Warum war die Revolution für die Arbeiterinnen und Arbeiter so wichtig?

Es trat zum ersten Male eine Art Arbeiterbewegung auf. Die Industrialisierung, die seit den 1820er Jahren immer sichtbarer wurde, wuchs der herrschenden Klasse über den Kopf. Gerade die Reichs- und Residenzhauptstadt Wien war von einem starken Zuzug betroffen. In den Vorstädten entstanden Fabriken von "Rechtlosen", von Arbeiterinnen und Arbeitern ohne soziale Rechte. Doch wussten die Arbeiterinnen und Arbeiter zu differenzieren. Industrielle und Fabriksbesitzer, die ihre Arbeiterinnen und Arbeiter anständig behandelten, wurden von der Wucht der Revolution verschont, jene, die keinen Respekt kannten, wurden "abgefackelt".

Was bleibt von der Revolution?

Natürlich die Bauernbefreiung, die selbst die Konterrevolution überlebte. Ansonsten setzte eine Rachejustiz ein, die vielen Widerständlern das Leben kostete. Die Forderungen und Gedanken können jedoch nicht ausgelöscht werden.

Warum war die Revolution in anderen Ländern erfolgreicher?

Vor allem in Frankreich besteht ein höheres, kritisches Demokratiebewusstsein, was auch auf 1789 zurückgeführt werden kann.

Wie stark war die Revolution in Österreich im Vergleich zu anderen Ländern ausgeprägt?

Natürlich war die Revolution sehr auf Wien zentriert, denn sie war das Zentrum des Habsburgerreiches. In anderen heutigen Bundesländern waren die Folgen der Revolution jedoch gering ausgeprägt.

Inwieweit spielt der demokratische Frauenverein im Bewusstsein der Sozialdemokratie (auch heute noch) eine Rolle?

Dieser Verein stellt die Anfänge der Frauenbewegung dar. Sie kann als Vorläuferorganisation betrachtet werden. Der öffentliche Raum war zu dieser Zeit nicht von Frauen geprägt. Karikaturen, wie jene von Zampis, zeigen eher ein suspektes Frauenbild.

Ist die Idee einer Ausstellung und seines Kataloges sofort mit der Übernahme der Steiner-Sammlung entstanden?

Natürlich, Steiner hat seine Sammlung an die AKOÖ übergeben, damit er selbst noch daran arbeiten kann. Auf Grund der Bibliothek und der Kontakte überließ die AKOÖ dem VGA im September 2014 die Kollektion als Dauerleihgabe. Die archivalische Sichtung ließ sofort die Idee einer Ausstellung gebären.

Manipulation und Kino

Wie wir wissen, sind Film und Fernsehen überaus wirksame, einflussreiche Medien – doch sie sind niemals neutral. Seit Anbeginn hat die Politik das Kino zur Manipulation von Gefühlen und Meinungen verwendet – besonders massiv in der Zeit des Nationalsozialismus. Britische und US-amerikanische Filme reagierten während des Zweiten Weltkriegs darauf mit satirischer, nüchterner oder ebenfalls stark emotionalisierender Gegenpropaganda. Der Historiker und Publizist Peter Huemer hält seit vielen Jahren im österreichischen Filmmuseum unter dem Titel "Manipulation und Kino" Vorträge für SchülerInnen ab 16 Jahren. Huemer zeigt

und erläutert unter anderem Filmausschnitte aus "Triumph des Willens", "Der ewige Jude" sowie von Frank Capra ("Why We Fight"), Humphrey Jennings ("The True Story of Lili Marleen") und Billy Wilder & Hanus Burger ("Die Todesmühlen"). Huemer informiert, dass man sich im NS-Deutschland im Kino die Wochenschau anschauen musste, um anschließend einen Spielfilm sehen zu können. Kompetent erläutert er den manipulativen Einsatz gestalterischer Mittel wie Kamera, Schnitt und Ton durch die Regie. Eine sehr wertvolle Aufklärungsarbeit für die Jugend! WEBTIPP: www.filmmuseum.at



Szene aus "The True Story of Lili Marleen"

BEFREIUNGSFEIER MAUTHAUSEN AM 5. MAI 2019

Die Gedenkfeier steht heuer unter dem Titel: "Niemals Nummer. Immer Mensch". Die sozialdemokratische Gedenkfeier beginnt um 10.00 Uhr bei der Gedenktafel für den ermordeten Richard Bernaschek. Wir freuen uns sehr, als unsere diesjährige Hauptrednerin Nationalrätin Sabine Schatz zu begrüßen!

Nach unserer Gedenkfeier nehmen wir am Einmarsch der Nationen teil. Die offizielle Befreiungsfeier beginnt um 11.00 Uhr. Der Bus des Landesverbandes Wien fährt um 7.00 Uhr, vom Bahnhof Wien Hütteldorf ab. (Endstation U4, S45, Ausgang Keißlergasse). Treffpunkt: 6.45 Uhr vor dem Bahnhof (Endstation U4, S45, Ausgang Keißlergasse). Abfahrt 7.00 Uhr. Die Rückkehr in Wien ist zwischen 17.00 und 18.00 Uhr geplant.

Wir heben auch heuer wieder einen kleinen Unkostenbeitrag in Höhe € 5,-- pro TeilnehmerIn ein. Dieser wird im Bus kassiert.

Die Anmeldungen sind ab sofort möglich:

E-Mail: kaempfer@spoe.at, oder

telefonisch unter der Telefonnummer 01/53427/277: Montag bis Donnerstag von 9.00 bis 16.00 Uhr.

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Ingrid Antes, Miriam Bonaparte, Helmut Edelmayr, Elisabeth Fleischanderl, Claudia Garfias, Heimo Gruber, Marina Hanke, Volkmar Harwanegg, Vinzenz Jobst, Claudia Kuretsidis-Haider, Dominik Lang, Claus Michl-Atzmüller, Franz Mock, Helmut Muigg, Simon Müllauer, Daniel Novotny, Gerald Netzl, Martin Oppenauer, Andreas Sarközi, Heinz Weiss.

Grafische Gestaltung: Helmuth Hockauf / Wien Work - Digital Media

Lektorat: Irini Tzaferis

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 22. März 2019 Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 31. Mai 2019

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at.

Fotos: Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer **Hersteller:** Wien Work - Digital Media, 1220 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. Die im "Kämpfer" veröffentlichten Artikel und Kommentare geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder des Bundesvorstandes wieder.

Zlnr.: GZ 02Z033355M

Österreichische Post AG MZ GZ02Z033355M